

Neuzeitliche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 70 — 1. Jahrgang

Saarbrücken, Samstag, den 9. September 1933

Chefredakteur: M. Braun

Nichts kommt dem, der die menschlichen Dinge mit einem philosophischen Auge betrachtet, erstaunlicher vor, als die Leichtigkeit, womit die Vielen von den Wenigen regiert werden; und die blinde Hingebung, womit Menschen ihren eigenen Sinn und Willen dem Sinne und Willen ihrer Beherrscher überlassen.

Hume.

Der Leidensweg zur Inflation

Neun deutsche Währungen — Das „Narrenkleid“ der Reichsmark Die Teuerungswelle — Die Umsatzschrumpfung — Der schwere Krisenwinter

Dr. G. Sch. Der augenblickliche Stand des deutschen Währungsproblems wird am treffendsten durch den ständigen Wettlauf zwischen den Preiserhöhungen im Inlande und der Gewährung immer neuer Dumping-Export-Prämien charakterisiert. Der Ausgangspunkt dieses Wettrennens ist die im Zeichen riesiger Rüstungsausgaben, zunehmenden Exportschwundes und staatlicher Finanzmishandlung immer weiter getriebene Verminderung der Kaufkraft der Reichsmark. Diese Kaufkraftverminderung verliert man nun wenigstens gegenüber dem Auslande dadurch zu verschleiern, daß man immer neue Valuta-Sorten erfindet.

Ihre Zahl beträgt jetzt indogefamt neun, so daß eine führende englische Finanzzeitschrift kürzlich erklärte, daß das Gewand der deutschen Mark durch das Aussehen immer neuer bunter Platten jetzt geradezu einem Narrenkleide gleiche.

Diese zahlreichen Sorten von Auslandsvaluten stellen fast durchweg erhebliche Exportprämien dar, weil sie in den verschiedensten Abteilungen ein Disagio von 10 bis 35 Prozent gegenüber dem offiziell notierten nominellen Reichsmark-Kurse aufweisen und trotz dieses Disagios von den deutschen Exporteuren als „Mark“ in Zahlung genommen werden können. Trotz aller Bonfottbestrebungen müßte eine solche Exportprämie von 25—50 Prozent zu einer Vertümmelung der Abzählmärkte für die anderen Industriestaaten führen, wenn die Warenpreise in Deutschland selbst ständig auf dem gleichen Niveau gehalten werden könnten.

In Wirklichkeit ist dies aber schon seit langem nicht mehr der Fall und tatsächlich kann man feststellen, daß fast jede Einführung einer solchen neuen Hilfsvaluta eine weitere Preissteigerungswelle im Inlande auslöst oder jedenfalls begleitet.

So nimmt dieser Wettlauf ein immer rapideres Tempo an. Jede neue Preissteigerung wird durch neues Dumping vorübergehend ausgeglichen und jeder solchen Dumpingprämie folgt eine neue Preissteigerung. Der Winter muß zwingend eine weitere Verschärfung dieses Tempos bringen, da immer weniger Devisen zur Rohstoffzufuhr zur Verfügung stehen. Immer schärfer wird der Kampf um den Export. Immer unmöglicher wird eine echte Aufwertung. Hieraus ergibt sich allein schon die Notwendigkeit einer immer schärferen Schrumpfungswelle in der deutschen Wirtschaft, über den auch Erklärungen, wie diejenige des Herrn Dr. Schacht, daß Deutschland heute „aus Ausland nicht mehr brauche, und daß der sogenannte deutsche „Goldstandard“ unter allen Umständen gesichert sei, nicht hinwegtäuschen können.

Steigende Preise und schrumpfende Umsätze sind heute am Binnenmarkt das Kriterium der deutschen Volkswirtschaft. Am deutlichsten wird die Preissteigerung am Lebensmittelmarkt zugegeben, weil man sie hier aus propagandistischen Gründen, also aus Rücksichten auf die Landbevölkerung, offen zugibt. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium, von Rohr, hat sich der Butterpreis jetzt im Großhandel von 84 auf 128 Mark, der Milchpreis von 65 auf 10 Pfennig erhöht. Entsprechende Preissteigerungen sind beim Fleisch, beim Getreide, den Futtermitteln, Zuckerrüben, Kartoffeln, Eiern und Fetten eingetreten. Gegenüber dem April d. J. ist der Butterpreis von 1,05 bis 1,10 auf jetzt 1,42—1,54 RM. gestiegen. Der Margarinepreis, der im März je nach der Sortenwahl zwischen 25 und 60 Pf. je Pfund lag, ist heute 66 Pf. bis 1 RM. Von den Fleischpreisen sei nur derjenige für Hammelfleisch erwähnt, der vom April bis jetzt fast verdoppelt hat. (1,00 bis 1,10 RM. gegen 60—70 Pf.) Für industrielle Fertigfabrikate werden amtlich Preissteigerungen von „20, 30, ja auch 40 Prozent“ in allgemein gehaltenen Wendungen und verbunden mit Drohungen über die Festsetzung von Mindestpreisen zugegeben. Detailliertes Material ist hier kaum veröffentlicht worden, weil dem natürlich propagandistische Rücksichten entgegenstehen dürften.

Auf der anderen Seite zeigt sich nun trotz dieser Preissteigerungen, die nicht mit Lohnsteigerungen, sondern im Gegenteil mit einem jetzt immer schärfer vorverreiteten Abbau der Löhne verbunden sind, eine zunehmende Umsatzschrumpfung.

Schon im Juni waren die Kreditoren in den deutschen Bankbilanzen um 60 Millionen zurückgegangen; im Juli ergibt sich ein neuer Rückgang um 143 Millionen. Die Argumentation, daß es sich hierbei nur um

den Rückgang des Wertes ausländischer Einlagen im Zusammenhang mit der Dollarchwäche handelt, sind völlig abwegig, da der Rückgang der amerikanischen Valuta im Juli nur wenige Prozente ausmachte. Auch die Annahme, daß die inländischen Einleger ihr Geld nur deswegen zurückgezogen haben, um es in der Produktionswirtschaft zu investieren, findet keine Bestätigung, denn eine solche Erhöhung der Investitionen könne nicht eine Schrumpfung der Bankbilanzen, sondern nur die gegenteilige Wirkung ausgelöst haben. Alle anderen Ziffern der Bankbilanzen behaupten dieses Bild, so insbesondere der Posten „Vorkäufe auf Waren und Warenverrichtungen“, der Ende Juli 1933 nur 778 000 RM. betrug gegen 840 000 Ende Juni d. J. und 1 187 000 RM. Ende Juli 1932.

Der Abrechnungsverkehr bei der Reichsbank belief sich auf 4272 Mill. gegen 4006 Mill. RM. Ende Juni d. J. Die Einnahmen der Post aus dem Fernsprechverkehr zeigen gewaltige Rückgänge; ähnliches gilt von den Einnahmen der Reichsbahn und denen der Kommunen.

Hier schreitet man zu immer größeren Steuererhöhungen, ohne jeden sichtbaren Erfolg. Selbst die vom Reichsfinanzminister angegebene Zahl von einer Milliarde RM. als Defizit der deutschen Gemeinden dürfte hinter der Wirklichkeit weit zurückbleiben. Ähnlich ist das Bild bei den Ländern, die jetzt noch schnell vor der Umwandlung in Reichsprovinzen, also vor der endgültigen Liquidation ihrer Finanzen, gewaltige Steuererhöhungen vorgenommen haben.

Ein auch nur einigermaßen zutreffendes Urteil auf Grund präziser Daten ist bei der Reichsbank nach wie vor nicht zu gewinnen, da man sich natürlich ängstlich hütet, eine irgendeine erhebliche Erhöhung des Notenumlaufes offiziell anzudeuten.

Weit wichtiger als der eigentliche Notenumlauf ist aber die Verpflichtung der Reichsbank, für die Einlösung zahlreicher großer Wechsel gerade zu stehen. Soweit dies bisher zu beurteilen möglich ist, vollzieht sich auf diesem Wege über die Einlösungspflichtigkeiten der Reichsbank der neue Leidens-

weg der deutschen Mark. Herr Dr. Schacht hat die Garantie für die Wechsel übernommen, die zur Arbeitsbeschaffung abgegeben wurden. Er versucht allerdings mit allen Mitteln, die Durchführung dieses Arbeitsbeschaffungsprogrammes zu verlangsamen, aber wenn er hier auch gewisse Teilerfolge erzielt haben mag, so wird dieser Kampf doch immer schwieriger werden, wenn die zunehmenden Räte des Winters die politischen Machthaber zwingen, ihre demagogischen Versprechungen einzuhalten. Von der Reichsbank garantiert sind weiter die Steuerzuschüsse des Herrn von Papen, sowie die riesigen Ausgaben für die Osthilfe. Hier waren bis Ende Juli allein 200 Millionen Mark nur für den Großgrundbesitz der Provinz Ostpreußen bewilligt, während Ende März d. J. dieser Betrag sich nur auf 196 Mill. RM. belief. Garantiert von der Reichsbank sind weiter eine große Anzahl von verschiedenen Krisenkrediten und nicht zuletzt die Finanzierung der Russenwechsel. Die Reihe der von der Reichsbank bewilligten Garantien ist ziffermäßig schon deswegen nicht genau zu erfassen, weil nur in Bruchteil offiziell und zahlenmäßig veröffentlicht worden ist.

Klein aus diesen publizierten Angaben aber ergibt sich eine Garantiesumme von keinesfalls unter fünf Milliarden, also in ungefähr gleicher Höhe, wie der gesamte deutsche Notenumlauf, soweit er in den offiziellen Ausweisen der Reichsbank angegeben ist.

Hinter den großen Worten von der Unabhängigkeit vom Auslande und von der unbedingten Aufrechterhaltung des deutschen Goldstandards ist also schon bisher deutlich zu erkennen, daß die wirkliche Situation der deutschen Währung ein ganz anderes Bild bietet. Erst der Spätherbst und vor allem die Wintermonate werden zeigen, ob und wie lange trotz aller Hilfskonstruktionen der paritätische Kurswert der Reichsmark im Zeichen dieser ständig schärferen Preissteigerungen, des Kaufkraftschwundes, des Exportverfalles, der Umsatzschrumpfungen und nicht zuletzt dieser Garantieverpflichtungen der Reichsbank wirklich aufrechterhalten werden kann.

Reichsregierung gegen Regierungskommission

Einstellung luxemburgischer politischer Polizeibeamten?

Seit mehreren Tagen wird im deutschen Rundfunk gemeldet, daß Entlassungen saarländischer Polizeikräfte und die Einstellung von Ausländern in die saarländische Polizei bevorstünden. Heute nun wissen die gleichgeschalteten Zeitungen im Saargebiet zu melden, daß die Regierungskommission sich nach Luxemburg gewandt habe, um luxemburgische Polizeibeamte zur Verfügung gestellt zu erhalten. Es sei beabsichtigt, vorerst einen Kommissar und fünf Brigadiere als Kriminalbeamte in Saarbrücken einzustellen. Im ganzen sei ein Betrag von nicht weniger als 600 000 Franken für zehn Beamte ausgeworfen worden. Die „Ausländer“ sollen, wie behauptet wird, zunächst nicht uniformiert werden, sondern gewisse politische Ueberwachungsdienste, möglicherweise sogar innerhalb der Polizei selbst, leisten.

In schmeichelhafter Ueberschätzung unseres Einflusses werden wir als Urheber dieser angeblich geplanten Maßnahme bezeichnet. Uns aber ist von den Absichten der Regierungskommission nichts bekannt. Wir können deshalb auch nicht eingehend Stellung nehmen. Immerhin glauben wir folgendes sagen zu dürfen:

Wenn es zu einer Reorganisation der Polizei im Saargebiet in der gemeldeten oder einer ähnlichen Art kommen sollte, so tragen diejenigen die Schuld, deren Politik in wildem Terror besteht. Eben erst ist bei der Kundgebung am Niederwalddenkmal von dem nationalsozialistischen Saarfürher Spangol für das Jahr 1935 Nord und Lotharing („wie tolle Hunde“) allen denjenigen angedroht worden, die

etwa die Absicht haben sollten, gegen die Barbarisierung des Saargebietes durch die Nationalsozialisten zu stimmen. Das dabei die Nationalsozialisten ihre Führereliquie mit „Deutschland“ verwechseln, sei nur nebenbei erwähnt.

Wären die Terrorpolitiker und ihre Angstmaßstäbe im Saargebiet noch vernünftigen Erwägungen zugänglich, so müßten sie sich selbst sagen, daß die Polizeibeamten des Saargebietes in eine unmögliche Lage kommen. Man verlege sich in die Schwierigkeiten eines Mannes, der unparteiisch den Polizeidienst ausüben soll. Auch er ist nur Mensch und nimmt Rücksichten auf seine Existenz. Welch eine geradezu heroische Auffassung von Pflichtgefühl und Aufopferung wird ihm zugemutet, wenn er weiß, daß jedes Einschreiten gegen Nationalsozialisten von diesen im Jahr 1935 grausam gerächt werden wird. Jeder saarländische Polizeibeamte lebt täglich, daß tausende und abertausende deutsche Berufsbeamte, nur um ihrer Gefinnung willen, aus dem Amt geworfen werden. Er kennt das Elend dieser Beamtenfamilien, die einer trostlosen Zukunft sich gegenübersehen. Zwar hat der Völkerverbundrat den saarländischen Beamten für 1935 Sicherungen zugesagt. Aber aus begreiflichen Gründen kann diese Zusage nicht voll beruhigend wirken. Man weiß, daß das deutsche faschistische System nationale und internationale Verträge bricht und zudem keine Garantien für die verachteten „Einzeltaktionen“ übernehmen kann.

Die Verantwortung für etwaige unangenehme Umstellungen in der saarländischen Polizei und für die auch von

und lebhaft bedauerte Unruhe in der Beamenschaft tragen diejenigen, die politische Kämpfe nicht geteilt, sondern mit Messern und Revolvern, mit Boykott und Besinnungszwang austragen.

Deutsche Regierungsstimme

Aus Berlin wird zu den Gerüchten über die Reorganisation der Saarpolizei halbamtlich erklärt:

„Das Landjägerkorps im Saargebiet hat nur die Aufgabe, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und ist diese Aufgabe bisher durchaus gewachsen gewesen. Es ist freilich nicht dazu da, der politischen Willensäußerung der Saarbevölkerung Schranken zu ziehen oder die Befehle der Bevölkerung zu überwachen. Der jetzige Kurs der Regierungskommission, die die hemmungslose deutschfeindliche Propaganda landstreichender Agitatoren und Spekulanten und ebenso die fortwährende Schikanierung der deutschgesinnten Arbeiter und Angehörigen durch die französische Grenzverwaltung duldet, dagegen jede Betätigung im deutschen Sinne auszuheben, würde durch die Herausziehung von ausländischen Polizeibeamten eine weithin sichtbare Hervorhebung und Verschärfung erfahren. Die luxemburgische Regierung, an die die Saarregierung wegen Ueberlassung von Polizeibeamten herangetreten sein soll, hat sich bisher gegenüber Deutschland so korrekt verhalten, daß von ihr ein Eingehen auf dieses bedenkliche Ansuchen nicht zu erwarten ist.

Wie die Lage an der Saar in Wirklichkeit ist, geht aus einem Bericht der gleichgeschalteten „Landeszeitung“, einem früheren Zentrumblatt, hervor, wonach am 7. September in Herrensohr Anhänger der NSDAP als Hilfspolizisten gemeinsam mit den Landjägern operierten. Ein solches Parteidement lassen wir uns an der Saar nicht gefallen.

„Untragbar“

Wichtige schweizerisch-deutsche Verhandlungen

Bern, 8. Sept. Der Direktor der Handelsabteilung des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, Minister Stucki, begibt sich auf Anlangen der kommenden Woche nach Berlin, wo er mit Reichswirtschaftsminister Schmitt Besprechungen haben wird. Es handelt sich darum, im Laufe dieser Aussprache eine Verständigungsgrundlage zu finden, auf welcher die zur Zeit ganz untragbar gewordenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland geregelt werden sollen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“, eines der angesehensten Schweizer Blätter, ist soeben in Hitler-Deutschland verboten worden. Man darf vermuten, daß den Anlaß zu diesem Verbot zwei Artikel des Blattes in der Morgen- und in der Abendausgabe des 7. September gegeben haben. Die Artikel sind überschrieben: „Spektrum der schweizerisch-deutschen Handelsbeziehungen“ und richten schwere Angriffe gegen die deutsche Handelspolitik. Einer der Kernsätze lautet: Diese sogenannten Konversionsperrmarktskripts leben zweifellos von all den verschiedenen Sperrmarktsorten weitläufig am radikalsten von der Entziehung der ausländischen Gläubiger, denen mit kaum zu überbietender Unverschämtheit zugemutet wird, sich aus ihrer eigenen Haut die Klappen schneiden zu lassen, mit denen sie gepolstert werden sollen.“ Wir werden auf die für die deutsch-schweizerischen Beziehungen sehr wesentlichen Artikel noch zurückkommen.

Abrüstung und Kontrolle

Annäherung zwischen Frankreich, Nordamerika und England

Paris, 8. Sept. Die Presse ist auch heute mit Berichten und Aufsätzen über die Abrüstung und die Kontrolle angefüllt. Beinahe allgemein ist die Forderung, daß Frankreich aus seiner Passivität gegenüber der deutschen Aufrüstung herauszutreten müsse. Nach einer Davosmeldung scheint in den Fragen der Rüstungskontrolle weitgehende Einigung zwischen Nordamerika, Frankreich und England erzielt zu sein, jedoch macht Nordamerika, wie schon gestern gemeldet, die Bedingung allgemeiner Rüstungsverminderung auch gegenüber Frankreich. Hier scheinen sich beträchtliche Schwierigkeiten zu erheben. Eine deutsche Aufrüstung in irgendwelcher Form lehnt auch Nordamerika ab.

Verurteilt und hingerichtet!

Wilhelm Volk aus Straßburg vom Nazi-Gericht in Hamburg

Straßburg, 7. Sept. Am 25. Juli 1933 erhielt eine Straßburgerin durch die Notiz in der „Deutschen Freiheit“ Kenntnis von dem Todesurteil gegen zwei Kommunisten in Hamburg. Unter den Verurteilten war auch der Name Volk verzeichnet. Am 21. August 1933 bekam die Straßburgerin die private Nachricht, daß ihr Sohn Willi Volk in Hamburg begraben worden ist. Ueber die Todesursache ihres Sohnes waren keine genaueren Angaben gemacht worden. Durch die Ungewißheit über das Ableben ihres Sohnes und in der bangen Ahnung, daß ihr Sohn der namentlich genannte und zum Tode verurteilte Volk sein könnte, keimte die selbsttätige und schmerzgefällte Mutter weitere Nachforschungen an. Daraufhin erhielt die Mutter am 8. September 1933 folgende Mitteilung aus Hamburg, die wir im Wortlaut wiedergeben:

Wilhelm Gaston Volk, geboren am 17. 12. 1906 in Straßburg (Was Rhin), hingerichtet in Hamburg am 8. 8. 1933 wegen Mordes. Urteil des Sondergerichts vom 22. 7. 1933 in der Nordische Polizeimunter-Koppta, getötet am 28. 2. 1933 im Hammerbrook, machtmelcher Koppta, getötet am 28. 2. 1933 im Hammerbrook.

Wir müssen also leider annehmen, daß die beiden Genannten identisch sind. Hierzu kann durch eine mündliche Aussage eines aus Hamburg zurückgekehrten und dort früher wohnhaften Straßburgers ergänzend mitgeteilt werden, daß das Todesurteil nicht auf völligem Schuldbeweis, sondern auf Indizien hin gefällt und die Hinrichtung vollzogen wurde. Ein weiterer angeblicher Kommunist, der in der gleichen Sache zum Tode verurteilt worden ist, soll sich nach Angabe der Hamburger Nazipresse vor der Vollstreckung des Todesurteils erhängt haben.

Volk war Reichsdeutscher. Er wohnte in Hamburg und war seit drei Jahren verheiratet. Nach den bisherigen Ermittlungen soll Volk als ruhiger, stiller und blühender Mensch, der in Straßburg nie politisch hervorgetreten ist, bekannt gewesen sein.

Wie aus Davanna berichtet wird, gab die Militärbehörde von Santiago bekannt, daß jede kommunistische Landgebung mit Maschinen-gewehrfeuer unterdrückt werden würde. Die Streikbauer an der französischen Konsul in Santiago hat militärischen Schutz verlangt.

Elf Todesurteile

Die Henkerjustiz in emsiger Tätigkeit

Von Königsberg bis Düsseldorf

Königsberg, 7. September.

In dem Blumenauer Mordprozess wegen der Ermordung des SA-Mannes Holger wurden die Angeklagten Siebeldmann und Lange zum Tode verurteilt.

Düsseldorf, 7. September.

Im Mordprozess Hilmer wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt: der Dreher Emil Schmidt wegen Anstiftung zum Mord und Mordversuch zum Tode und zu zwei Jahren Zuchthaus, der Arbeiter Kurt Kruse, der Arbeiter Paul Masgari, der Schreiner Paul Tibulski, der Arbeiter Peter Kohles, der Schlosser Hermann Gager, der Dreher Heinrich Niehand, der Arbeiter Josef Herr und der Dreher Peter Superh wegen Mordes und Mordversuchs zum Tode und zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Arbeiter Otto Lukat wurde wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Arbeiter Adolf Manz und Josef Esser wurde freigesprochen. Die Verurteilten sollen am 20. Juni in Erkrath einen Ueberfall auf Nationalsozialisten verübt haben, bei dem der SA-Mann Selmer erschossen und der SA-Mann Groh verletzt worden sein soll.

In der Begründung des Urteils

das in Düsseldorf gefällt wurde, heißt es, daß die Täter mit Ueberlegung gehandelt haben. Die Tat sei militärisch angeordnet und bis ins letzte durchdacht und organisiert gewesen. Jeder einzelne habe seinen Posten bezogen gehabt. Es komme nicht darauf an, festzustellen, was der einzelne getan habe. Die Tat, die geschehen sei, sei die Tat jedes einzelnen und ein klassisches Beispiel für den Tatbestand der Mittäterschaft. Die Todesstrafe habe das Gericht auszusprechen müssen, weil das Verbrechen sie vorschreibe. Die Zuchthausstrafe erhielten die zum Tode Verurteilten wegen Mordversuchs an dem zweiten SA-Mann. — Gegen das Urteil ist das Rechtsmittel der Revision möglich. Zum Schluß widmete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Rankowski, Worte der Anerkennung für die vorbildliche Arbeit der Düsseldorfer Kriminalpolizei und für die Arbeit der Verteidiger, die im Gegensatz zu früher, wo andere Rechtsanwälte der Rechtspflege Anknüpf in den Weg geworfen und allen Beteiligten die Sache nach Möglichkeit erschwert hätten, es sich hätten angelegen sein lassen, der Rechtspflege zu dienen und sie zu fördern.

Was war geschehen?

Nach der offiziellen Darstellung

Bei einem Feuerüberfall, den am 20. Juni 1933 gegen 2 Uhr in Erkrath Kommunisten auf Nationalsozialisten verübten, wurde der SA-Mann Kurt Hilmer, von Beruf Kaufmann, getötet und ein zweiter SA-Mann, der Arbeiter Hermann Groh, schwer verletzt. Beide befanden sich als Posten in der Nähe des SA-Heimes, um Ueberfälle auf das Heim zu verhindern. Mit dem Ueberfall wollten die Kommunisten für einen Zusammenstoß, zu dem es am 9. Juni 1933 in Erkrath gekommen war und bei dem zwei Kommunisten verletzt wurden, Rache nehmen. Die Polizei hatte sofort Erkrath und Gerresheimer Kommunisten als Täter in Verdacht; sie nahm im Verlaufe ihrer Ermittlungen auch sechs Personen fest, mußte sie aber wieder freilassen. Im April dieses Jahres gelang es der Polizei, zwölf der beteiligten Kommunisten, drei Erkrather und neun Gerresheimer, zu verhaften. Im ganzen waren an dem Ueberfall 15 Mann beteiligt. Doch war inzwischen ein Mittäter, der Arbeiter Otto Veitin, ins Ausland geflohen. Ein anderer, der Arbeiter Alfred Hoffmann, hält sich im Saargebiet auf. Er war dort auch festgenommen worden, mußte aber wieder freigelassen werden; denn die Saar-Regierung lehnte seine Auslieferung ab mit der Begründung, daß es sich bei dem dem Beschuldigten zur Last gelegten Verbrechen um eine politische Tat handle.

„Richter Blut“

Eine andere Darstellung

Düsseldorf, 8. September.

Während die Hauptbelastungszeugen, sämtlich Nazis im Amt und Warden, ihre Anklagen machen, stehen am Königsplatz in Düsseldorf, wo das Gericht tagt, die von Nürnberg heimkehrenden Horden grübelnd vorbei und fordern blutrünstig die Köpfe der Angeklagten. An ihrer Spitze marschieren der Schinder der Lobbes, Führer der Standarte 30 und brüllt zu den Fenstern des Gerichts hoch: „Auf-daumen!“

Im Saal amtiert ein Landgerichtsdirektor als Vorsitzender, der auf den urdeutschen Namen Rankowski hört. Seit langem wird er von den Düsseldorfer Arbeitern „Richter Blut“ genannt. Ueber dem Stehtragen, der aus dem Wädhelmschirm des Dr. Schacht zu stammen scheint, sitzt ein Quadratkäbel, dessen stählige Augen das Blut erstarren lassen. Mit lässiger Handbewegung tut er die Einlassungen der Angeklagten als „Wasserpöhlerei“ ab. Links vom Richterthron der Herr Staatsanwaltschaftsdrat Dr. Kettner, der den Prozess seines Lebens wittert, um endlich die Karriere zu machen, die ihm die jetzt verhasste Republik, der er einst so kriechend diente, nicht gegeben hat. Denn er nicht mehr daran, wenn er jetzt aufgeregt in seinen Akten herumhantiert, wie oft er an anderen Verurteilten kam, um die linkslebenden Richterthroner zu bitten, doch ja ausführlich sein Plädoyer zu bringen? Eineinhalb Stunden braucht er nur, um 12 Todesurteile zu begründen; die Rede hätte man kaum einem Referendar verzeihen.

Aber für dieses Forum genügt es. Zwei Richter, darunter der Vorsitzende, und sämtliche Geschworenen sind Nazis.

Abekartetes Spiel

Vor der Angeklagtenbank räseln sich die Rechtsanwälte, die weder Anwälte des Rechts, noch Verteidiger sind. Ex officio werden Stunden abgesehen. Kein Angriff gegen die Rechtsboden der Vernehmung, nicht einmal der leiseste Einwand wird gemacht. In der Pause reden sie den Angeklagten zu, ein offenes Geständnis zu machen, damit ein Gnadenerschick Erfolg habe.

Der Zuschauererraum ist mit SS- und SA-Deuten angefüllt. Nur den Frauen der Angeklagten sind Einlasskarten bewilligt worden. Schmutzige Gelächter, das der Vorsitzende nicht einmal leise rügt, wird von diesen Bänken laut, wenn die Angeklagten versuchen, sich aus der Schlinge, die ihnen umgelegt wird, herauszugleiten.

Das ist der Rahmen für ein abekartetes Spiel, das ganz offenbar wird, als der Vorsitzende, bevor der Staatsanwalt die Anklagerede beginnt, den Angehörigen die Karten entzieht. „aus Gründen der Menschlichkeit, weil das, was der Herr Vertreter der Staatsanwaltschaft nunmehr ausführen wird, für sie eine allzu große Belastung sein wird“.

So steht die Rechtspflege im „dritten Reich“ aus! Der Vorsitzende kennt schon im voraus die Anklagerede des Staatsanwalts.

Und was ist Wahrheit?

Mit der gleichen „Objektivität“ wird der gesamte Prozess geführt. Kein Wort von der Vorgeschichte, kein Wort davon, wie undesholte, fleißige Arbeiter dazu kommen, mit ihren Feindern abzurechnen, weil der Staat sie nicht schützt! Was ist in Erkrath geschehen?

Ein kleines etwas verschlafenes Nest vor den Toren Düsseldorfs. Das Ideal jedes reichgewordenen Mittelständlers, hier ein kleines Landhaus zu besitzen. Für die Bevölkerung der nahen Großstadt ist es der Ausgangspunkt zum Sonntagsausflug in das Naturschutzgebiet Neanderthal. Die Arbeiterbevölkerung ist fast vollständig arbeitslos. Obwohl sie alle das gleiche Schicksal haben, reißt der uneliege Bruderkampf sie auseinander. Immer mehr Positionen gingen bei den letzten Wahlen verloren. Von der einstigen roten Hochburg waren nur noch lässliche Trümmer übriggeblieben, so daß die Nazis, als sie Ende 1931 sich bemerkbar machten, leichtes Spiel hatten. Aus Schlägern von Beruf setzte sich ihre Horde zusammen. Allen voran der erhoffene Hilmer, der den Gerichten der Umgehung als gewalttätig bekannt war. Die Genossen konnten nicht mehr unbehelligt über die Straße gehen. In einem Zeitraum von knapp einem Jahr wurden nicht weniger als 37 Genossen und 3 Genossinnen schwer mißhandelt!

Die Polizei? Der Landjäger war immer Nazi! Alle Schwierigkeiten bei der Regierung, selbst mündliche Rücksprachen mit dem Regierungspräsidenten, dem Renegaten Bergemann, waren erfolglos. Die örtliche Polizei war nicht anders eingestrichelt. Selbst die Wirte beschwerten sich wiederholt, weil die Düsseldorfer Gäste ausblieben.

Endlich war das Maß voll! Am Sonntag, dem 10. Juni 1933, waren Düsseldorfer rote Falken mit Steinen beworfen worden. Am gleichen Abend wurden zwei Genossen aus dem rein proletarischen Industrievorort Gerresheim blutig geschlagen. Am gleichen Abend kam es in Gerresheim noch zu härmischen Ansammlungen, die erst in später Nachtstunde von den Ueberfallkommandos zerstreut wurden. Noch in der Nacht führen Genossen von Düsseldorf nach Gerresheim um die Gemüter zu beruhigen.

Es wurden niedergeschrien, wobei sich besonders der SPD-Funktionär Schröder hervortat, der Rache für Erkrath forderte.

Schröder

Schröder ist zweifellos ein „agent provocateur“. Bereits zwei Monate vorher hatten wir den kommunistischen Abgeordneten Schalle auf Schröder aufmerksam gemacht. Verschiedentlich! Und jetzt tritt er, geschäftlich von den Schergen des „dritten Reiches“, vor dem Volksgericht auf. Die Augen in den Haken geböhrt, während die Angeklagten ihn mit ihren Blicken zu durchbohren versuchen. Das Gericht tut dem Lumpen den Gefallen; die Angeklagten werden vor seiner Ausföhrung hinausgeführt, zu zwei und zwei gefesselt. Selbst einer der Nazivertheidiger kann nicht anders als denkllich „Schweinehund“ sagen. Die Angeklagten sind als Messer geliefert!

12 Arbeiter vernichtet, ebenso viele Familien unglücklich, das ist das Ergebnis einer „revolutionären“ Parole, wie sie sinnlosler kaum jemals aufgebracht worden ist.

Kalte Rache

auf Diktat

Diese elf Todesurteile eines einzigen Tages werden von den offiziellen Nachrichtenbüros nicht ohne Triumph verkündet. Diese Meldung wird aufrüttelnder und aufpeitschender wirken als alle „Grenznachrichten“, vor dem das bitterantilige Deutschland so lurchbare Angst hat. Denn hier hat ein Volksgericht gelangt, das die Rache an den politischen Gegnern des herrschenden Regimes kalt genoh.

Diese neun Arbeiter aus Düsseldorf wurden verurteilt für einen Ueberfall im Juni 1932. Damals war die politische Lage in Deutschland ungeheuer zugespitzt. Ein harter Reichstagswahlkampf stand bevor. Täglich kam es, vor allem im Industriegebiet, zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Kein Zweifel, daß die Nationalsozialisten in den meisten Fällen die Herausforderer und die Angreifer waren. So auch hier! Der Feuerüberfall war die Antwort auf eine nationalsozialistische Attacke, bei der Kommunisten schon verletzt wurden.

Vor sieben Monaten hätten diese Richter den Tatbestand und seine Vorgeschichte noch einermachen objektiv gewürdigt. Heute sind sie gleichgeschaltet im „nationalsozialistischen Richterbund“. Sie grüßen als Parteirichter mit dem Parteigruß und fällen Parteiuurteile. Diese Partei will die Blutjustiz. Sie fordert sie von ihren Richtern, die sie abberufen, ähnten und in Konzentrationslager schicken kann, wenn sie nicht so urteilen, wie es die brüllende SA-Meute fordert.

Staat, Richter, Henker — wer kann sie in diesem Hitler-Deutschland noch voneinander unterscheiden? Elf Proletarier in Düsseldorf und in Königsberg legen in Kürze ihr Haupt auf den Richtblock, aber das Herz von Millionen wird, nach Dehmels Wort

Rassend noch Rache blecken
Und laufend Lebendige wecken.

Sofort schießen!

Polizeibefehl gegen Marxisten

Die Polizei in Offenbach (Hessen) erhielt den Befehl, „ohne den üblichen Anruf auf Personen zu schießen, die marxistische Literatur verteilen und die versuchen, sich durch Blutsch der Verhaftung zu entziehen“. (Exchange Telegraph.)

Die amerikanisch-japanische Kriegsgefahr

Der große Konflikt am Stillen Ozean

In der Julinummer der amerikanischen Monatschrift „The New Outlook“ schrieb Martin Sommers:

„Als der ehemalige französische Ministerpräsident Eduard Herriot und der englische Premierminister Ramsay MacDonald kürzlich im Weißen Hause die Kriegsschuldenfrage diskutierten, war eine der Fragen, die ihnen Präsident Roosevelt stellte, wie sich Frankreich und Großbritannien im Falle eines amerikanisch-japanischen Krieges verhalten würden. Das wurde mir von maßgebender Seite mitgeteilt.“

Den „New Outlook“ gibt Al Smith, ehemaliger Präsidentschaftskandidat und Freund Roosevelts, heraus. Martin Sommers ist ein angesehenes, erstklassiges Ostasien-Spezialist. Daß er richtig informiert ist, unterliegt keinem Zweifel. Und wer dennoch zweifeln wollte, der möge sich vor Augen führen:

Vor zwei Monaten besetzte Frankreich einige kleine Inseln im südjapanischen Meer, ganz kleine, kaum bewohnte Inselchen; nur eignen sie sich recht gut für die Stationierung von Unterseebooten.

Vor einem Monat wurde der Entschluß gefaßt, den australischen Hafen Port Darwin zu einem erstklassigen Kriegshafen auszubauen.

Am 1. September gab der amerikanische Marineminister Swanson siebzehn neue Kriegsschiffe in Bau, einen 10 000-Tonnen-Kreuzer, acht 1800-Tonnen-Zerstörer, zwei 1400-Tonnen-Unterseeboote und kleinere Schiffe. Das ist bloß der Anfang. Mit dem Mitte Juni verkündeten amerikanischen Flottenbauprogramm geht das nur kurz unterbrochene Wetzrücken im Stillen Ozean mit aller Macht wieder ein.

Die Gefahr eines Krieges Japans mit Amerika, der so oft als unmittelbar bevorstehend vorausgesagt worden ist, der allen Prophezeiungen zum Trotz nicht ausbrach und an den daher schon niemand mehr glauben wollte, ist jetzt zu einer wirklichen, ungeheuren Drohung geworden. Wer in diesen Wochen japanische Zeitungen liest, könnte meinen, er stehe unmittelbar vor der Tür. Von ganz wenigen Blättern abgesehen, töbt die japanische Presse wie beissen gegen die Vereinigten Staaten. Sie beschuldigt sie des schändlichen Wortbruchs, der Verletzung feierlich beschworener Verträge, brutaler Kriegslust, sie ruft die Nation auf, sich wie ein Mann zu erheben „zur Verteidigung ihrer heiligsten Güter“. Angesichts der „tödlichen Bedrohung des Vaterlandes“ haben die politischen Parteien einen Burgfrieden geschlossen. An die Stelle des jetzigen Kabinetts tritt ein Koalitionsministerium. Ganz Japan fiebert.

Der unmittelbare Anlaß ist das neue amerikanische Flottenbauprogramm, und dieses wieder ist die Antwort auf den gewaltigen Machtgewinn Japans durch die Einverleibung der Mandchurie.

Japan hat durch die Schaffung des „unabhängigen“ Staates Mandchukuo um mehr als dreißig Millionen Menschen zugenommen. So heftig auch die Abneigung der großen Mehrheit der die Mandchurie bewohnenden Chinesen gegen die japanischen Eroberer ist, so viel sie auch noch der japanischen Verwaltung zu schaffen machen werden, so darf doch nicht übersehen werden, daß sich ein gar nicht so kleiner Teil der Bevölkerung bereits jetzt mit der japanischen Herrschaft abgefunden hat und daß

so dieser Teil zweifellos wächst. Japan hat zumindest die äußerliche Ordnung in dem Lande wiederhergestellt. Es investiert enorme Mengen Kapital in der Mandchurie. Das Räuberwesen wird unterdrückt. Der Handel belebt sich. Die Verwaltung ist, sehr im Gegensatz zu der üblichen chinesischen, reinlich, im großen ganzen unbestechlich und zuverlässig. Bei der Besetzung der Provinz Jehol und, in den letzten Wochen, der äußeren Mongolei haben sich die mandchurischen Truppen unter japanischem Kommando ganz gut gehalten.

Es ist aber gar nicht so sehr dieser unmittelbare Gewinn an möglichen Soldaten, der die Kriegsfähigkeit Japans so enorm gesteigert hat. Es ist die außerordentliche Verbreiterung des wirtschaftlichen „Kriegspotentials“, der Fähigkeit, einen großen Krieg auch wirtschaftlich führen zu können, die Amerika veranlaßt, seinerseits seine Kriegsmaschinerie mit größter Beschleunigung zu vervollkommen.

Die Schranken, die bisher der vollen Ausbeutung der mandchurischen Erzlager entgegenstanden, sind gefallen. Bereits 1932, also in einem Jahre, da es in der Mandchurie wahrhaftig unruhig zuzuging, war die Produktion von Gußeisen von 242 000 Tonnen auf 322 000 Tonnen gestiegen. Die Japaner hoffen, sie binnen kurzem auf eine halbe Million Tonnen steigern zu können, und diese Hoffnungen sind durchaus begründet. Ist damit das japanische Kriegsministerium auch keineswegs aller Sorgen über die Munitionsherstellung im Kriegsfall enthoben, so hat sich doch die militärwirtschaftliche Lage des Landes dadurch sehr bedeutend gebessert.

Das enorm reiche Riesenunternehmen Südmandschurische Eisenbahn baut mit aller Macht die Kohlenruben in Fuschun aus. Es beginnt die Großproduktion von Aluminium (Flugzeuge!). In Fuschun wird die Produktion von Petroleum aus ölhaltigem Schiefer binnen kurzem 100 000 Tonnen erreichen.

Die Japaner bauen in einem geradezu wahnwichtigen Tempo die mandchurischen Eisenbahnen aus. Sie werden an die koreanischen Bahnen angeschlossen. Der Bau geschieht vor allem unter strategischen Gesichtspunkten. In ganz kurzer Zeit wird die Mandchurie mit Korea und über die enge, militärisch nahezu unangreifbare japanische See mit Japan verbunden sein.

Nimmt man noch die Sicherung der Ernährung im Kriegsfall hinzu — Japan kann im Falle einer Blockade eine Reismikerte unerschwerlich durch die Einfuhr von Sojabohnen aus der Mandchurie überstehen —, dann sieht man deutlich, in welchem Maße Japan an Kriegsfähigkeit durch die Eroberung der Mandchurie gewonnen hat.

Der Londoner Vertrag hat das Verhältnis der japanischen zur amerikanischen Kriegsflotte mit 3 zu 5 festgelegt. Das wirkliche Verhältnis ist anders. Selbst wenn jetzt Amerika sein Flottenbauprogramm durchführt, wird es noch nicht die volle, ihm in dem Londoner Vertrag zugestandene Stärke haben. Am 1. April 1933 standen den 9 japanischen Schlachtschiffen mit 272 000 Tonnen 15 amerikanische mit 455 000 Tonnen gegenüber, den 3 amerikanischen Flugzeugmutter Schiffen aber 4 japanische, den 11 amerikanischen schweren Kreuzern mit 100 000 Tonnen 14 japanische mit 124 000 Tonnen, den 10 ameri-

kanischen leichten Kreuzern (70 000 Tonnen) 20 japanische (93 000 Tonnen). Dazu kommt, daß das schnellste amerikanische Schlachtschiff nur 21 Knoten in der Stunde läuft, das schnellste japanische aber 27 Knoten. Bedeutend überlegen ist Amerika an Zerstörern, 201 zu 102, aber sein U-Booten ist nur ganz gering.

Am 15. Juni verkündete Swanson das neue Bauprogramm. Um die ungeheure Summe von 238 Millionen Dollar sollen nicht weniger als 32 neue Schiffe gebaut werden: 4 Kreuzer, 20 Zerstörer, 4 U-Boote, 2 Flugzeugmutter Schiffe, 2 Kanonenboote.

Amerika hat es plötzlich mit der Furcht zu tun bekommen. Noch vor wenigen Jahren seiner Ueberlegenheit zur See ziemlich sicher, sieht es jetzt das Machtverhältnis im Stillen Ozean auf einmal außerordentlich zu seinen Ungunsten verschlechtert. Und es sieht nunmehr alles daran, die ihm vertraglich zustehende Stärke wirklich zu erreichen. Es ist aber selbstverständlich, daß die japanischen Militärs nicht daran denken, dem tatenlos zuzusehen. Sie antworten auf die amerikanischen Rüstungen ihrerseits mit Rüstungen, peitschen alle nationalistischen Instinkte auf, stürzen das Land in eine Kriegspychose, die jeden Augenblick den Krieg zum Ausbruch bringen kann.

Ende August fand, wie alljährlich, die Konferenz der angesehenen „Internationalen Gesellschaft zum Studium der Probleme des Stillen Ozeans“ statt. Die japanischen Delegierten beteuerten natürlich die durchaus friedlichen Absichten ihres Landes. Von einem Konflikt mit Amerika könne jetzt keine Rede sein. Aber sie sprachen viel von den sich leider verschärfenden Gegensätzen zwischen Japan und der Sowjetunion. Wovon sie nicht sprachen, das waren die Ursachen dieser Verschärfung. Es geht, kurz gesagt, um das Erdöl in Sachalin.

Japan ist arm an Petroleum. Es muß mehr als die Hälfte dessen, was es verbraucht, einführen: aus Amerika, Niederländisch-Indien und aus dem russischen Teil der Insel Sachalin. Könnte es sich in den Besitz der russischen Ölquellen auf Sachalin setzen, dann hätte es nahezu genug. Was genügende Erdölversorgung am Seekrieg bedeutet, braucht nicht erst auseinandergelegt zu werden. Ohne Öl fährt kein Kriegsschiff, ohne Benzin fliegt kein Flugzeug. Japan ist zur See erst dann wirklich voll gerüstet, wenn es ausreichend mit Öl versorgt ist. Mit andern Worten: der kriegerischen Auseinandersetzung mit Amerika muß, im guten oder im schlechten, die Sicherung der Ölquellen in Sachalin vorangehen, oder noch anders gesagt: Japan muß damit rechnen, daß es gezwungen sein kann, vor dem Kriege mit Amerika den Krieg mit der Sowjetunion zu führen.

Herriot reist viel in der Welt herum. Nachdem er in Washington war, besucht er jetzt Moskau. Binnen kurzem wird Amerika die diplomatischen Beziehungen mit Rußland aufnehmen.

Der tolle japanische Imperialismus bringt alle am Stillen Ozean interessierten Länder einander näher. Verachtet von dem leichten Über das große Vierhundertmillionenvolk Chinas, übermütig durch den noch leichteren Sieg über den Völkerbund, sieht er sich schon als den Herren Asiens. Den Stillen Ozean drohen Torpedo und Fliegerbomben zu einem Blutmeer zu machen. G. H.

Fontamara

ROMAN VON IGNAZIO SILONE

Das war Michele Zompas Traum. Ein Traum, den jeder auf seine Art auslegen mag. Es gibt viele, die sich über Träume lustig machen. Viele, die in ihnen die Zukunft sehen. Ich glaube, daß die Träume zum Schlafen da sind. Aber Marietta Sorcanera, eine Frau von großer Demut, sah es anders auf, weinte plötzlich los und stieß unter heftigem Schluchzen hervor: „So ist es... so ist es... Wer hielte uns von der Sünde ab, wenn nicht der Papst für uns betete? Wer würde uns vor der Hölle bewahren?“

Cavaliere Felino verstand es aber anders. „Ihr macht euch über mich lustig!“ merckte er und schüttelte die Peitsche gegen Zompa und die Wirtin. „Ihr macht euch über mich lustig! Ueber mich und die Obrigkeit! Ueber Kirche und Staat!“

Und er stieß noch vieles hervor, im gleichen Ton, aber niemand verstand es.

„Die Regierung wird es euch schon besorgen, sie wird euch strafen. Die Obrigkeit wird sich mit euch befassen!“

Wir dachten: rede nur, rede, schließlich wirst du schon aufhören, einmal mußt du ja aufhören. Aber er redete weiter. Er hörte nicht auf.

„Weißt du denn nicht,“ sagte er zu Michele, „daß du, wenn ich dich anzeige, mindestens zehn Jahre Gefängnis bekommst? Weißt du denn nicht, daß Leute, die harmlosere und weniger perfide Dinge gesagt haben, zehn Jahre auf den Galeeren büßen? In welcher Welt lebt ihr eigentlich? Wißt ihr oder wißt ihr nicht, was in den letzten Jahren alles passiert ist? Wißt ihr, wer heute regiert? Wißt ihr, wer heute der Herr ist?“ Zompa, um ihn zu beruhigen, antwortete ganz geduldig: „Ach, in der Stadt passiert gar viel. In der Stadt passiert mindestens jeden Tag etwas. Jeden Tag erscheint mindestens eine Zeitung und berichtet mindestens über eine Sache. Wie viele Sachen sind es dann am Schluß des Jahres? Hunderte und hunderte. Und am Schluß mehrerer Jahre? Tausende und tausende. Stellt euch doch vor!... Wie soll ein Calone, ein armseliger Calone alle diese Sachen kennen?... Ausgeschlossen!... Aber eines sind die Sachen, ein anderes wer sie bezieht. Die Sachen ändern sich jeden Tag, der sie bezieht bleibt immer der

gleiche. Die Obrigkeit bleibt immer die gleiche. Manchmal ändert sie den Namen, aber sie bleibt sich trotzdem gleich.“

„Und die Hierarchie?“ fragte der Stadtmensch, der wahrscheinlich ein Hierarch war, wiewegen wir aber noch lange nicht wußten, was dieses Wort bedeutete. Der Stadtmensch mußte es mehrmals mit andern Worten wiederholen. Und Michele antwortete ihm schließlich:

„Vor allen andern kommt Gott, der Herr des Himmels. Dann kommt Prinz Torlonia, der Herr der Erde.“

Dann kommt die Leibwache des Prinzen Torlonia.

Dann kommen die Hunde der Leibwache des Prinzen Torlonia.

Dann kommt nichts.

Dann nochmal nichts.

Dann noch einmal nichts.

Dann kommen die Cafoni.

Und fertig.“

„Und die Regierung, wo tußt du die Regierung hin?“ fragte der Stadtmensch noch wütender.

„Die Regierung,“ fuhr Pontius Pilatus erklärend dazwischen, „steht teils auf dritter, teils auf vierter Stufe... Je nach ihrer Uniform. Das heißt je nach ihrem Gehalt... Die vierte Stufe, die der Hunde, ist ungeheuer groß.“

Cavaliere Felino war aufgesprungen. Am ganzen Velbe zitternd, stieß er hervor:

„Ihr werdet bald von mir hören, das versprech ich euch.“

Und er ging.

Das Wasser

Beim Morgengrauen des nächsten Tages brachte ein Mitbewohner ganz Fontamara auf die Beine.

Am Eingang des Dorfes kam nämlich unter einem Steinhäusen ein armseliges Gewässer hervor und bildete eine Art Lämpel. Nach einigen Metern grub es sich wieder in die steinige Erde, verschwand und kam am Fuß des Hügels, in Form eines Baches, wieder zum Vorschein. Ehe dieser Bach sich dem Jacino zuwandte, machte er viele Windungen. Hier haben die Fontamaren für die wenigen Felder, die sie in der Ebene besaßen und die den einzigen Reichtum des Dorfes ausmachten, ihr Wasser geholt. Jeden Sommer brachen bei seiner Verteilung unter ihnen wilde Kämpfe aus. In trockenen Jahren endeten sie mit Messertötungen.

Als nun am Morgen des 2. Juni die ersten Cafoni von Fontamara auf dem Weg zur Arbeit den Hügel hinaufstiegen, begegneten sie einer Gruppe von Strahnenwählern, die aus der Kreisstadt gekommen waren, um — wie sie sagten — den

Bach von den Feldern und Gemüsegärten, die er bisher bewässert hatte, abzuleiten. Immer seitdem es Erde und Wasser gibt, hatte er sie bewässert. Nun sollte er mit einemmal in entgegengesetzter Richtung geführt werden, sollte an einigen Weinbergen vorbeifließen und Böden bewässern, die nicht den Fontamaren, sondern einem reichen Grundbesitzer aus der Stadt gehörten. Der Mann hieß „Don Carlo Magna“. Dies hatte seine Gründe: Zu welcher Stunde des Tags oder der Nacht man nämlich zu ihm ging und fragte: „Kann ich Don Carlo sprechen? Ist Don Carlo zu Hause?“ antwortete die Magd unfehlbar: „Don Carlo? Magna“, Don Carlo ist. Wenn Sie aber wünschen, können Sie die Herrin sprechen.“

Im ersten Augenblick meinten wir, die Cantonieri wollten uns zum Narren halten. Denn das taten die Leute aus der Stadt gerne. Ein ganzer Tag würde nicht ausreichen für den Bericht aller Streiche, die sie uns in den letzten Jahren gespielt hatten. Die Geschichte vom Esel und vom Pfarrer mag genügen, um sich einen Begriff zu machen!

Fontamara hat nie einen Pfarrer gehabt. Die Gemeinde war zu arm, sich einen zu halten. Daher wurde die Kirche nur an hohen Feiertagen geöffnet, wenn Don Abbacchio aus der Kreisstadt kam, um die Messe zu lesen und das Evangelium zu erklären. Vor zwei Jahren hatten wir aber an den Bischof ein Geluch gerichtet und auch für unsere Kirche um einen eigenen Pfarrer gebeten. Nach einigen Tagen erhielten wir die Nachricht, daß unsere Bittschrift wohl angenommen sei, und daß wir uns zum feierlichen Empfang unseres ersten Pfarrers vorbereiten sollten. Wir taten natürlich unser Bestes. Wir putzten die Kirche von oben bis unten, besetzten die nach Fontamara führende Straße aus und verbreiteten sie an einigen Stellen. Dann wurde am Eingang des Dorfes ein großer Triumphbogen errichtet, die Hausdären mit grünen Girlanden geschmückt. Schließlich zog am festlichsten Tag die ganze Bevölkerung ihrem Pfarrer entgegen. Schon nach einer Viertelstunde saßen wir einen großen Menschenhaufen umherkommen. Wir gingen weiter, sangen heilige Lieder und sagten den Rosenkranz her. Die Kleinsten zogen voraus, Generale Baldisera, der eine kleine Rede halten sollte, an der Spitze. Frauen und Kinder folgten. Als wir den Leuten aus der Stadt schon ganz nahe waren, kehten wir uns auf beiden Seiten der Straße auf, um unsern Pfarrer in unserer Mitte anzunehmen. Nur Generale Baldisera ging weiter und rief:

„Gebenedeit sei Jesus Christus! Gebenedeit die Jungfrau Maria! Gebenedeit die Kirche!“

(Fortsetzung folgt)

Vor dem Hungerwinter

Es wird gebettelt

Die besonders heftig gleichgeschaltete „Germania“ schreibt:

„Die wir bereits eingehend berichtet haben, wird in diesem Winter eine Aktion von größtem Umfang in Gang gesetzt. Vor allem wird man im Speisungsdienst nicht mehr einfach fertige Gerichte ausgeben. Die hatten den Mangel, daß sie der Familienmutter eine sehr wesentliche Funktion abnahmen und damit im Grunde die Familie weiter zerlegten und auseinanderrißen. Der Speisungsdienst ist darauf angelegt, den bedürftigen Familien die Lebensmittel zuzureichen. Zu bereiten zu übergeben. Damit bleibt die Hausfrau und Mutter, die die volle Last der Notzeit zu tragen hat, mit der Zubereitung des Essens beschäftigt. Die Angehörigen werden sich wieder um einen familientypisch versammeln. Die Hausfrau wird es in der Hand haben, wie sie das Essen zubereitet, und mit welchen Zutaten sie es versehen will. Damit bleibt ein sehr wesentlicher Punkt beachtet, ohne den die Familie in ihrem Zusammenhalt verlieren muß. Dieser

Weg erfordert, darüber muß man sich von vornherein klar sein, mehr Mittel als die Massenspeisung. Aber seine ideellen und materiellen Vorteile mühten die Gebefreudigkeit in besonderer Weise anregen. Ein genauer Plan stellt die Bedürfnisse zusammen und regelt den Weg der Sammlungen. Das Ganze wird als ein Feldzug der Volksgemeinschaft aufgefaßt. Große Versammlungen werden die Aktion in Gang bringen. Sammelsonntage im ganzen Reich werden sie tragen, und der große Apparat der Bewegung wird ihr Ergebnis steigern.“

Nüchtern ausgedrückt: Wirtschaft und Kassenlage sind so trostlos, daß durch allgemeine öffentliche Bettelaktionen Millionen Volksgenossen notdürftig vor dem Verhungern geschützt werden sollen.

Das symbolische Essen der Volksgemeinschaft ist Kartoffeln und Salz, aber nur für unten. Oben leben die Nazi-Bonzen als Pfänder. Man hört z. B. nichts davon, daß die preußischen Staatsräte auf ihr Schweigegehalt von 1000 Mark monatlich verzichtet hätten.

Holländische Stimmen

Die „Ideologie“

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Arbeitgeber im „dritten Reich“ heftig gegen das zwangsmäßige Einstellen von neuen Arbeitskräften protestieren. Es gibt nur wenige Unternehmer, die bereitwillig ihre letzten Mittel flüssig machen, um am „Wiederaufbau Deutschlands“ mitzuarbeiten. „De Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt hierzu folgendes:

„Nicht wenig ergötzlich ist die Art, in der die verschiedenen Presseorgane über dieses Thema polemisieren. Die nationalsozialistischen Blätter beschuldigen die Unternehmer, daß sie noch stets der liberalistischen Ideologie zugetan seien. Das Organ der deutschen Arbeitgeber läßt hingegen den Zeiger aus, daß heute noch mit derselben Leichtfertigkeit über die Aufgaben der Unternehmer geurteilt wird als in der marxistischen Periode. Man scheint sich also über die Ideologie des „dritten Reiches“ durchaus noch nicht im klaren zu sein.“

Nicht Hitler rettete Deutschland

„Het Vaderland“ (den Haag) veröffentlicht eine Zuschrift, aus der wir folgendes entnehmen:

„Viele wollen der Welt einreden, daß die jetzigen deutschen Machthaber einen Wall gegen den russischen Bolschewismus aufgeworfen haben. Dabei vergessen sie aber oder tun mindestens so, als ob es gerade Sozialdemokraten wie Ebert und Noske oder Zentrumsführer wie Erzberger, Marx und andere waren, die 1918 durch ihr mutiges Auftreten und ihre Führung in der allgemeinen Panik Deutschland und Europa vom Bolschewismus und dem damit verwandten Spartakismus gerettet haben. Diese Männer, deren Andenken durch das jetzige Regime in Deutschland beschmudgt wird, haben viel mehr Anspruch auf den Dank der Welt als

Hitler und sein Anhang, die allein durch den Appell an die niedrigen Volkstinstinkte (Rassen- und Glaubenssinn) einen bereits heute „verfeinerten“ Staat gründen konnten.“

Wie man die Arbeitslosigkeit behebt!

Die Auslandsredaktion von „Het Vaderland“ (den Haag), die nazifreundlich eingestellt ist, veröffentlicht in ihrer Rubrik u. a. folgendes:

Der Arbeitslose liest in Deutschland in der Zeitung, daß in den letzten Monaten die Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland zwei Millionen niedriger geworden ist. Doch wenn er um sich blickt und die Schär seiner Freunde und Bekannten an seinem geistigen Auge vorüberziehen läßt, dann entdeckt er nicht einen einzigen, der wieder Arbeit gefunden hat; im Gegenteil, er kennt viele, die arbeitslos geworden sind, weil sie Sozialdemokraten und Reichsbannerleute waren.

Er läßt grimmig, wenn er jeden Tag die Statistiken über die wieder eingestellten Arbeiter liest; die Ziffern bedeuten für ihn, daß aller Wahrscheinlichkeit nach 50 Leute entlassen worden sind, um Platz zu machen für die gleiche Anzahl Nazis. Mancher Arbeiter und Beamte hat sich den Nazis angeschlossen, um seine Stellung zu behalten. So wurde die Abfertigung P. für Parteigenosse ironisch verändert in P. = Vorkriegsjäger.

Kußerdem werden die Löhne nicht höher; für die verschiedenen Organisationen sind weiterhin hohe Beiträge zu zahlen, und alle Veränderungen, die in den Fabriken oder in den Arbeitsbedingungen getroffen werden, stehen unter politischen Kontrollen, die auf diese Weise den Radikalen unter den Nazis hinsichtlich ihrer Absichten entgegenkommen wollen.“

Jenseits des Jubels

Drohungen an die Mittelständler — Das sind die Schuldigen an der Preistreiberei

Die Zahl der großen Kartelle wächst beständig. Täglich melden die Handelsteile der Zeitungen von Preis-konventionen großer Industrien. Keine Behörde im „dritten Reich“ kümmert sich darum. Anders liegt die Sache, wenn irgendwie das Haarschneiden um 5 Pfennige teurer wird oder ein Handwerkskramer eine zu hohe Rechnung ausstellt oder Gemüsehändler den Spinat nicht billig genug verkaufen. Bei den Kleinen und Kleinsten wird die Behörde mobil. So wendet sich der Regierungspräsident von Düsseldorf gegen Preis-erhöhungen im Mittelstand:

Nach der Dortmunder „Note Erde“ wendet sich die Düsseldorf-Regierung unter der Überschrift „Mindestpreise nicht erlaubt!“ gegen Preis-erhöhungen, die in letzter Zeit vorgenommen wurden. Es wird dazu u. a. ausgeführt: „In einer Großstadt des Reichslandsbezirks hat es der Junstwart einer Friseurinnung unter Anwendung unzulässiger Druckmittel und unter Verletzung auf eine angebotlich erteilte behördliche Genehmigung verstanden, die bisherigen Bedienungspreise des Gewerbes in der Mehrzahl der Geschäfte heraufzudrücken und diese Preise als behördlich anerkannte Mindestpreise hinzustellen.“

Es ist, was nochmals ausdrücklich betont werden muß, den Zwangsinnungen allgemein verboten, ihre Mitglieder an bestimmte Preise zu binden. Gerade der vorliegende Fall läßt erkennen, wie sehr manchem noch der Gemeinnutz über den Eigeninteressen vergessen wird. Eingehende Erhebungen der Behörden ergaben, daß zum Beispiel in 4000 Fällen, in denen Preise nachgeprüft worden sind, mehr als die Hälfte aller Preise erhöht worden waren.

Das kann niemals gerechtfertigt sein, und es scheint, daß auch schon ein gelinder Druck von Seiten der Junst-warte manchem Volksgenossen, der glaubt, nur seine Geschäftsinteressen verfolgen zu dürfen, erwünschten Anlaß gegeben hat, seine eigensüchtigen Wünsche zu verwirklichen.

Der Regierungspräsident ist gewillt, es bei einer weiteren Sabotage der Bestrebungen der Regierung, die zunächst eine Umfah, nicht aber eine Preis-erhöhung erstrebt, nicht bei Ordnungsstrafen belassen, sondern weit schärfere Maßnahmen anzuwenden, wenn diese öffentliche Warnung ihren Zweck verfehlen sollte.

Zur Zeit werden auch gegen andere Gewerbegruppen, die mit unzulässigen Mitteln volkswirtschaftlich nicht vertretbare Preis-erhöhungen durchgeführt haben, durchgehende Zwangsmassnahmen erwogen, wenn man nicht in letzter Minute eine freiwillige Senkung der überhöhten Verdienstspanne vornimmt.

Wir wiederholen: gegen die Großen und Größten sagt der Herr Nazi-Regierungspräsident nichts. Allerdings haben allzuwiele Mittelständler die Züchtigung reichlich verdient. Hier ist wirklich einmal der alte abgedroschene Reim am Platze: Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Regger selber.

Die Warenhäuser

Im Juli 80 v. H. des vorjährigen Umsatzes

Die Umlagerung der Verbrauchereinkäufe vom Warenhaus zum Fachgeschäft scheint sich, wie aus dem Monatsbericht des „Ueberblick“ hervorgeht, im Juli weiter fortgesetzt zu haben. Die Warenhausumsätze lagen in diesem Monat dem Werte nach um genau 20 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Die Warenhäuser dürften aber an den im übrigen Einzelhandel sichtbaren Konsolidierungstendenzen nicht teilgenommen haben; sie sind vielmehr erneut vor die Aufgabe gestellt worden, sich einem verminderten Umsatzvolumen anzupassen.

Immerhin scheint im Juli, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht, in den drei wichtigsten Kennziffern der Warenhandelsentwicklung gegenüber dem Juni eine interessante Entwicklung eingetreten zu sein.

	Juni 1933 (in % des Juni 1932)	Juli 1933 (in % des Juli 1932)
Umsatzwert	77,8	80,0
Zahl der Kassenzettel	84,4	78,0
Wareneingang	81,7	rd. 95,0

War im Juni der Umsatzwert härter hinter die entsprechenden Vorjahresziffer zurückgeblieben als die Zahl der Kassenzettel, so ist im Juli das Verhältnis genau umgekehrt. Der Abstand der Umsatzziffer vom Vorjahresstand hat sich verkleinert, während sich die Relation bei den Kassenzetteln verschlechtert hat. Dabei ist zu beachten, daß die Zahl der Kassenzettel gleichsam das Spiegelbild der Verkaufsfrequenz darstellt und anzeigt, wieviel einzelne Kaufhandlungen der Kundenschaft abgewickelt werden konnten. Sie wird deshalb, freilich mit einem gewissen Vorbehalt, auch als Anhaltspunkt für die Bewegung der Mengenumsätze gewertet. Man darf vielleicht aus der jüngsten Entwicklung schließen, daß die Tendenz zur Abwanderung vom Warenhaus diesmal mehr in einem Rückgang der Besucherzahl zum Ausdruck kam, während die verbliebenen Kunden eher verhältnismäßig größere Einkäufe vorgenommen haben.

„Es geht aufwärts.“

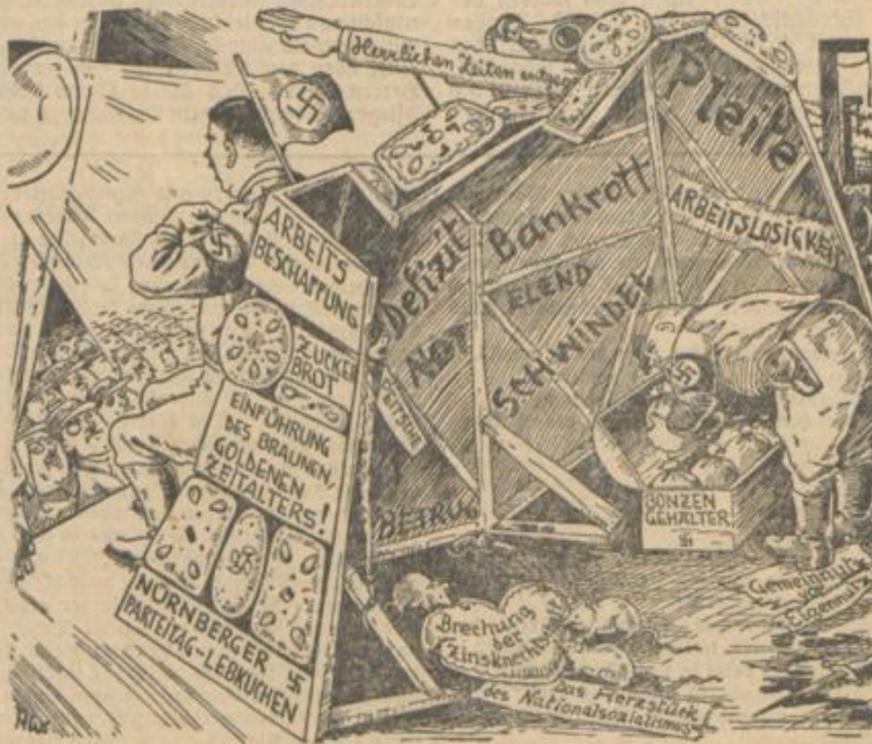
Was die amtliche Statistik verrät

Aus den vom „Statistischen Reichsamte“ veröffentlichten Zahlen, die sich auf den Monat Juli beziehen, ist zu entnehmen, daß der vermeintliche Tiefstand des Aktivums des deutschen Außenhandels, der im Monat Juni mit einer Biffer von 29 Millionen Reichsmark abschloß, im Monat Juli um weitere 4 Millionen auf 25 Millionen sich verringert hat. Gegenüber dem entsprechenden Monatsdurchschnitt des vorigen Jahres ist das Aktivum von 90 auf 25 Millionen gesunken. In den sieben Monaten Hitlerherrschaft ist die deutsche Einfuhr im Vergleich zu derselben Periode des Jahres 1932 von 2750 Millionen auf etwa 2450 Millionen, der Export von 3420 auf 2760 Millionen gefallen.

Rheinhäfen überfüllt mit Leerkähnen

Die Niederrheinische Industrie- und Handelskammer teilt mit, daß der Talverkehr auf dem Rhein und die Ankunft von Wassergütern aus den Mündungshäfen einen scharfen Rückgang erfahren haben. Das Angebot von Schlepplast und Kahnraum sei überaus groß. Am Oberrhein und besonders an der Ruhr hauen sich die leer gemordenen Kähne

Hinter den braunen Kuliszen



Feste — aber keine S'euern!

Beim Steuerzahlen hört die Begeisterung auf

Jüngst konnten wir mitteilen, daß allein in der Stadt Köln 23 Millionen Mark Steuern rückständig sind. Auch aus anderen Städten werden entsprechende Mitteilungen gemacht. Einige Bürgermeister drohen mit Fast und Konzentrationslager. Daß die Steuerscheu allgemein ist, zeigt folgende Mahnung, die aus Berlin datiert ist und durch die ganze gleichgeschaltete Presse läuft.

Es ist in der letzten Zeit wiederholt festgestellt worden, daß Steuerpflichtige der Meinung sind, die vom Reichsfinanzministerium angekündigte Steuerreform werde sich auch auf die rückständigen Steuern erstrecken, und zwar in der Weise, daß die rückständigen Steuern erlassen würden. Dazu wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß ein allgemeiner Erlass rückständiger Steuern undenkbar ist. Rückständige Steuer-

schulden werden nach wie vor beigetrieben, und sie erhöhen sich nach wie vor um die üblichen Verzugs- oder Stundungszinsen. Durch in Aussicht genommene Steuerreform wird an dieser Tatsache nichts geändert werden. Stundung wird nur auf Antrag des Steuerpflichtigen gewährt.

Es ist Pflicht eines jeden Volksgenossen, durch pünktliche Leistung der Steuerzahlungen und baldige Beseitigung etwaiger Rückstände den heutigen Staat in seinem Kampfe um die Verminderung der Arbeitslosigkeit und in seiner Absicht, bald eine grundlegende Reform und Steuervereinfachung durchzuführen, tatkräftig zu unterstützen.

Juden verlem!

Der Gemeinderat Brunn in Franken hat in seiner Sitzung den Beschluß gefaßt, an jedem Ortseingang eine Tafel mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“ anzubringen.

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“ * Samstag, 9. September 1933 * Ereignisse und Geschichten

Politische „Hellseher“ sind am Werk Kreun, ein „Kennee“ der Saar

Das Saarland ist auf dem besten Wege, endgültig „gerichtet“ zu werden. Die Herren da drüben in Berlin werden das schon schaffen! Die hören nämlich das Gras wachsen!

Da fordert jetzt der Nazi-Filmjournalist Fritz Kreun in Nr. 33 der Filmschauzeitung „Der Film“ die saarländischen Kinobesitzer auf, um Gottes und aller Heiligen willen ja keine französischen oder „boischewistischen“ Filme zu spielen, sondern sich brav an die Produkte der geistigen Gobbels-Produktion zu halten.

Das läßt sich noch ertragen. Schlimm wird die Sache erst, wenn der Edelnazi Kreun hohe Politik verzapft. Das sieht dann so aus:

„Die Jäden zwischen Moskau und dem Saarland werden immer dichter gezogen. Unter dem Schutze der Regierungskommission im Saarland verbreitet sich die „rote Pest“ mit unheimlicher Schnelligkeit. Auf der einen Seite hagelt es Verbote deutschbewohnter Zeitungen, und auf der anderen Seite macht sich unter den Mittigen der hohen Herren von der Regierungskommission die Front vom Sowjetland immer breiter. Es ist eine erwiesene Tatsache, daß das aus Deutschland geflüchtete Gefindel „drüben“ mit aller Gewalt versucht, sich an dem Terror gegen jeden Deutschen zu beteiligen. Die in Saarbrücken gegründete marxistische Zeitung „Deutsche Freiheit“ ist der Tumultplatz aller Grenzheher, an ihrer Spitze steht Kurt Großmann, der erst kürzlich aus seinem Prager Versteck eine Portion seiner Lügen in diesem Blatt gegen Deutschland losließ.“

Gegen diese Weisheiten läßt sich nichts sagen. Wenn der Verstand schlief, dann müssen selbst die Götter schweigen. Der Nazi Kreun hat aber noch etwas vergessen, und das

sei hier nachgeholt. Der Herausgeber der „Deutschen Freiheit“, Kurt Großmann in Prag, der gleichzeitig in Saarbrücken herumspukt, ist nämlich identisch mit dem seinerzeit in Berlin hingerichteten Frauenmörder Großmann und hat außerdem noch genügend Zeit gefunden, bis zu seiner „Einschaltung“ durch Papen unter dem Namen „Braun“ den Posten des preussischen Ministerpräsidenten zu bekleiden. Im übrigen ist er im Auftrage Frankreichs mit sowjetrussischen Schmiergeldern betrogen, die von der Regierungskommission des Saargebietes stammen. Wotansheil! E. A.

Leider, so müssen wir hinzufügen, stimmt da etwas nicht. Nach dem Zeugnis der nationalsozialistischen Presse sind die angeblichen Grenzmeldungen Kurt Großmanns gar nicht in den Besitz der „Deutschen Freiheit“ gelangt, weil seine Briefe bereits auf der Post entwendet wurden. Die Folge ist, daß die „Deutsche Freiheit“ wegen des Mangels an Grenzmeldungen ihrem nahen Ende entgegensteht. Da werden ihr auch die Gelder nichts mehr helfen, die sie von Moskau bezieht! Herriot, der soeben dort eingetroffen ist, hat im Einvernehmen mit Stalin noch einen letzten Sanierungsversuch unternommen: Die „Deutsche Freiheit“ zum amtlichen Publikationsorgan der russischen und der französischen Regierung zu ernennen. Wir danken dem hervorragenden französischen Politiker für diese Hilfsbereitschaft, aber wir fürchten, daß dies nichts mehr ist als eine letzte Schalmei an unserer Nahre.

„Erwiesene Tatsache“, Herr Kreun!

Die große Keuschheitsposse Ein Zensurverbot von Balzacs „Tolldreisten Geschichten“

Das „dritte Reich“ hat auch ein Zensurverbot gegen Balzac erlassen. Zunächst gegen des Dichters „Tolldreiste Geschichten“. Es ist diesmal ein Verbot, das wirklich ehrlich gemeint ist. Kein durchsichtiger radaupolitischer Vorwand für einen bequemen Vermögensraub liegt vor. Auch dürfte sich kaum ein neudeutscher Dichtling finden, der sich damit schmeichelt, die Position und die Taten des längst in jedem Sinne dieses kostbaren Wortes freigewordenen Balzac zu beziehen. Dieser Balzac ist den Nazimächtlern viel mehr, man lese und staune weiter nicht: zu unästhetisch. Dringende volkliche Beforgnis ist dem gallischen Gift des großen Menschen- und Sitten- wie Unsitzenbilders. Es ist also naheliegend, um einfach und bequem verschwiegen werden zu können, daß sich die jetzt bereits hier und da hervorwagenden Bewusstseinsdämmerungen des neudeutschen Antikulturfurors auf das feinsteswegs abzuleugnende bolschewistische Beispiel stützen werden. Sowjetrußland hat bekanntlich unter anderen sogar Tolstoi und Dostojewski auf seinen streng kommunistischen Index gesetzt. Das geschah allerdings mit dem ganzen und ungeheuerlichen Einsatz einer Klassenideologie, die sich unterdessen bereits in vielen wesentlichen und gerade in diesen geistigen Punkten kurzlebiger geselgt hat als die so unbedacht verurteilten grandiosen Dichter des russischen Volkes und der russischen Seele ohne Unterschied irgend einer, außer einer rein menschlichen Gesinnung.

Im „dritten Reich“ ist etwas ganz anderes, allerdings etwas noch viel weniger Lebens- und Denkfähiges geplant: nichts anderes als die praktische Einbürgerung und Legitimierung von Speichersbraten, die sohrelang am politischen Stammtisch gebraut wurden. Das romanische Ausland etwa hat es niemals begriffen, daß der deutsche Nationalismus nach außen hin derartige Grenzpost-Allüren befreit. Hitler-Deutschland hat dem Bubikopf, dem Puppenstift, der Puderose, dem Seidenstrumpf und jeder weiblichen modischen Intimität, die nicht von der Parfümindustrie befreit wird, unverföhlichen und grundsätzlichen Krieg angelegt. Der Verlust, diese Klasse der Einfall von dem unvermeidlichen Ruch der Väterlichkeit zu befreien, führt in deutschen Städten immer wieder zu ebenso indiskutablen wie dem Ergraben der gesamten Kulturwelt dienenden Zwischenfällen. Amerikanerinnen, Pollinnen, Schwedinnen sind in deutschen Lokalen, da sie den Puppenstift hätten oder mit einem „dunkelbraunen“ Cavalier konvertierten, bereits ebenso gesinnungslos wie langrob an das jetzt vorchristliche Verhalten der deutschen Frau erinnert worden. Die Entschuldigungen, die daraufhin in der Regel bei den Konsulaten der betreffenden Länder erfolgen müssen, sind gewissermaßen symbolisch. Es sind Rückschlüsse nicht nur vor der Zivilisation, sondern auch vor dem Geiste eines Groß, der nichts zu schaffen haben will mit der Keuschheitsposse ebenso uninformierter wie erbitterter Pubertätsvisionen.

Balzac als gefährlichen Pornographen zu verbieten, dazu gehört die ganze drollige Sexualanalogie einer aufgeschreckten Gymnasialfantasie. Man vergleiche damit die enthuftastische Gelassenheit, mit der Mussolini in seinen Versuchen mit Emil Ludwig über Balzac als eines seiner menschlichen und künstlerischen Idole spricht, mit der Wucht und der Wille, wie sie die paar Sätze über den unvermeidlichen Plätker der Menschenseele enthalten. Mussolini hat jedenfalls, was man freilich von seinen deutschen Nachahmern nicht verlangen kann, den Heroismus Balzacs erkannt, einen völlig unpolitischen, aber vor seinerlei menschlicher Fische und Unfälle zurückworfenden Heldenmut der Schilderung wie der Schlussfolgerung. Den Fanatiker in Mussolini begeistert die

malerische und reißende Unerbittlichkeit, mit der dieser Dichter der menschlichen Tragikombiden den Kampf gegen die Materie wie die Illusion wieder aufnahm. Dieser rein geistige Weltkrieg, den ein Genie gegen jegliche Form von Mangel an Verständnis wie an Ertragnis seiner Wunderwerke geführt hat, ist freilich für das jetzt herrschende deutsch-völkische Gehirn niemals geführt worden. Denn was hat dieses Gehirn von Balzac behalten: Ein paar satirisch-erotische Situationen!

Man kann von Adolf Hitler, dessen Privatstunden mit verräterisch-romantischer Karl-Map-Pektüre angefüllt sind, nicht verlangen, daß er dem Duce den Gefallen tut, am Ende gar Balzac zu lesen. Es wäre auch eine riskante Vektüre. Denn bei den großen und erschöpfenden Menschenzeichnungen wie Balzac und Shakespeares finden wir alle, so sehr wir an Charakter oder Handlungsweise verschieden sein mögen, uns reißlos wieder. Der Dasi verleiht sich selbst, und nicht sehr schmeichelt.

Weg mit den Tüchtigen

Die Lehrbefugnis entzogen

Den ordentlichen Honorarprofessoren Dr. Albert Fraenkel (Zurückbildung), Dr. Walter Lenel (Mittlere Geschichte), Dr. Siegfried Voewe (Pharmakologie) und Dr. Leopold Perels (Deutsches Privatrecht), dem nichtplanmäßigen außerordentlichen Professor Dr. Ludwig Schreiber (Augenheilkunde) und den Privatdozenten Dr. Raymond Klbanaky (Philosophie), Dr. Hans Kaser (Pathologie), Dr. Walter Pagel (Pathologische Anatomie und Geschichte der Medizin), Dr. Ernst Stern (Haut- und Geschlechtskrankheiten) und Dr. Ernst Witebsky (Immunitätslehre und Serologie), sämtliche an der Universität Heidelberg, ist mit Wirkung vom Tage der Eröffnung der Entschlebung gemäß § 8 Absatz 1 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Verbindung mit Nr. 8 zu § 7 der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums die Lehrbefugnis entzogen worden.

Sie brauchen einen Juden

Der wüdelose Horst-Wessel-Film

In Berlin wurde bekanntlich vor kurzem der „Horst-Wessel-Film“ gedreht. Für diesen Zweck wurde das heutige Horst-Wessel-Haus wieder in ein „Karl-Liebknecht-Haus“ zu rückverwandelt, und auf dem Bühnenspielfeld wurden kommunistische Strahlenkämpfe inszeniert. Für diesen Film wurde auch ein Schauspieler gebraucht, der die Rolle eines den Begrüßern des „dritten Reiches“ entsprechenden Juden mimen sollte. Zuerst wollte sich niemand finden. Dann aber hat sich der einst geachtete Schauspieler Hugo Doebelin, ein Bruder des bekannten Romanchriftstellers Alfred Doebelin, dessen Werke dem Autodate seinerzeit zum Opfer gefallen sind, bereit gefunden, die able Rolle zu übernehmen.

„Natal ist mir das Lumpenpack, das, um die Dergen zu rühren, den Patriotismus trägt zur Schau mit allen seinen Geschwären.“

(„Wintermärchen“.)

Gerhart Hauptmann

In unsre Jugend warst du helles Licht,
Die Wahrheit zeigtest du in klarem Schein.
Der Menschen Schicksal und ihr inneres Sein
Erschien vor unbeschlichen Gericht.

Und Menschenliebe strahlte aus deinen Werken.
Der Kampf der Menschheit um manch hohes Gut,
Er lebt darin, schlug auf zu hoher Blut
Und konnte uns zu neuem Kampfe stärken.

So wurdest du der neuen Zeit ein Führer.
Zur Wahrheit und zur Güte zeigtest du
Den Weg, der aufwärts führt aus dumpfer Ruh,
Und warst der heißen Flammen starker Schürer. —

Und nun hast du das alles preisgegeben.
Der Lüge hast du feige dich gebeugt,
Verlassen, wofür läßt du elst gesengt.
Mit Fähen trittst du hent dein ganzes Leben.

Der Haß, die Grausamkeit, der Raube Lust,
Sie dürfen nun in deinem Namen morden,
In ihrem Heß Klingt in verlognen Worten
Dein Lied, das einstmalis klang aus reiner Brust.

So liehest du dich ganz erbärmlich zähmen.
Vor Gobbels' Fähen liegt ein armer Hund.
Zu Götzen betet nun dein leiser Mund.
O Gerhart Hauptmann, lausst du dich nicht schämen?

Florian Geyer.

„Wie spielen mit Handgranaten“

Der Geist der deutschen Jugend

Die „Jugendbeilage“ des Dortmunder Generalanzeigers bringt einen Bericht aus den Sommerferien, die 35 deutsche Großstadtjugendgenossen in einem Heiliger auf der Insel Vorkum verbrachten, in dem es heißt: „Sehr anstrengend ist das Handgranatenwerfen. Trotzdem wird häufig eine Stunde dafür angefaßt. Wir haben Holzgranaten, die 500 Gramm wiegen und unten mit Eisenringen beschwert sind. Wir warfen in den Dünen aus allen möglichen Pagen; stehend, liegend, hinter und an einer Wand usw. Gerade diese Übung machte uns viel Spaß.“

Es ist ein grauenhaftes Spiel, das mit den Kindern Deutschlands getrieben wird.

Mutterschutz „kultur bolschewistisch“

Was sie verbieten

Die die Pressestelle des badischen Staatsministeriums mitteilt, wurde in Baden eine Reihe kultur bolschewistischer Organisationen aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt. Darunter sind der Reichsverband für Geburtenregulierung und Sexualhygiene, Verbände und Gesellschaften für Sexualreform, die Liga für Mutterschutz und ihre Volksbünde, der Einheitsverband für proletarische Sexualreform, der Reichsband für Lebensreform, die Vereinigung zur Kleinhaltung der Familie und der Verein für Ehereform. Ihre Zeitschriften sind gleichfalls verboten worden.

Was man sich zuflüstert

Berichtigung. Es ist unwahr, daß Göring von Hindenburg zum General ernannt worden ist, vielmehr wurde er zum Generalbranddirektor ernannt, und nur durch eine Abkürzung dieses Titels ist das Mißverständnis entstanden.

Warum heißt das Gut Hindenburg Neudeck? Weil sich der Eigentümer alle paar Jahre die Spelen, die er dort gehabt hat, vom deutschen Volk neu decken läßt.

Die Bewohner von Sult, die der Ruf von Nordern nicht schlafen läßt, haben bei Göring den Antrag gestellt, die ihnen benachbarte „Lätische Käste“ durch die SA. besetzen und gleichschalten zu lassen.

Braune Geschichte

Herr Gobbels hat die erstaunliche Feststellung gemacht, daß der satirische Römergruß, den die Dillereute übernommen haben, bereits bei Martin Luther, ja sogar bei Hermann dem Cherusker Sille war!

Nicht nur der Dr. Martin Luther,
Auch Adam, wie wir jetzt erfahren,
Und Eva, als der Menschliche Mutter,
Sie waren Gafentrens-Babaren!

Und in der Arche jenes Noah,
Der durch die Sündflut durchgeleget,
Da eine artbewußte Noa
Den Herrn des Hauses angeleget!

Die Höhlenmenschen, sehr verständlich,
Die Adressgleichen gern verpeisten,
Betätigten sich bitterhändlich,
Wenn sie um ihre Opfer kreisten!

Eins aber ist uns sehr erklärlich,
Dah, sagen wir, die Menschenaffen,
Die ja sehr drüben sehr entbehrlich,
Nach braunem Ebenbild erschaffen!

DAS BUNTE BLATT

NUMMER 70 · I. JAHRGANG · TÄGLICHE UNTERHALTUNGS-BEILAGE · SAMSTAG, DEN 9. SEPTEMBER 1933

Im Meere versunken

Kontinente und Städte auf dem Meeresboden

Vor kurzem erst erfuhr man aus dem Munde eines berühmten Wissenschaftlers aufsehenerregende Mitteilungen über einen vom Meer verschlungenen Weltteil. Professor Stanley Gardiner teilte in einem Vortrag in London den erstaunten Zuhörern mit, daß die englischen Gelehrten im Indischen Ozean auf der Strecke zwischen Madagaskar an der afrikanischen Küste und Ceulon in Vorderindien einen versunkenen Kontinent festgestellt hatten, der jetzt von einer besonderen Expedition englischer Forscher näher erforscht wird. Der Kontinent, von dem hier die Rede ist, lebt in der Sage seit den Tagen der alten Griechen fort. Wir finden ihn als eine Inselgruppe in den Aufzeichnungen der Alten wieder, als das Land Lemuria, das zwar schon damals nicht mehr existierte, aber in Sagen und Geschichten überliefert wurde.

Uraltes Kulturland

Nach den Ausführungen von Professor Stanley soll es sich bei dem sagenhaften Land Lemuria um einen ganzen Erdteil gehandelt haben, der etwa die Größe Australiens besaß und eine Brücke zwischen der indischen Halbinsel und dem afrikanischen Kontinent darstellte. Das Land soll mit allen Schätzen dieser Erde reich gesegnet gewesen sein, so daß die Einwohner ein sorgloses und glückliches Leben führen konnten. Ihre Kultur war an die der Indier angelehnt. Daraus schließt man, daß die Einwohner Lemuriens in lebhafter Verbindung mit dem indischen Nachbarvolk gestanden sind. Einige Gelehrte hielten es aber auch nicht für unmöglich, daß die Kultur der Lemurier die ältere gewesen sei, daß also die Indier bei ihnen in die Schule gegangen seien. Das würde dann bedeuten, daß die untergegangene Kultur Lemuriens nicht nur die Ausgangsform der indischen, sondern auch der ägyptischen, griechischen und schließlich der europäischen Kultur gewesen sei.

Die von der englischen Regierung geplante Expedition wird von Ägypten aus durch den Suezkanal in den Indischen Ozean vorstößen, um hier mit Tauchern und den modernsten wissenschaftlichen Hilfsmitteln das Geheimnis um das versunkene Lemuria zu lösen. Die Vermutungen, die man vorerst hegt, stützen sich auf Beobachtungen auf der Inselkette, die sich zwischen der afrikanischen Ostküste und Indien erstreckt. Man hält diese Inselgruppen für die Reste des versunkenen Weltteils. Vergleiche der Vegetation, wie überhaupt des gesamten Lebens auf diesen Inseln haben zu der überraschenden Feststellung geführt, daß Pflanzen, Kräuter, Gräser, Käfer usw. hier auf diesen Inseln die gleichen sind, wie auf den Malaischen Inseln in Indien. Das Erstaunliche ist aber, daß auch Lebewesen gefunden wurden, die eben nur auf diesen beiden, heute vollkommen voneinander getrennt liegenden Inselgruppen existieren.

Wie ist nun Lemuria mit einemmal von der Erde verschwunden? Auch darüber gibt es natürlich nur Theorien. Man nimmt an, daß eine riesige Erdbebenkatastrophe vor etwa 12 000 bis 15 000 Jahren unseren Erdball heimgesucht und das ganze Land mit sich ins Meer gerissen hat. Diese grandiose Erdexplosion hat dann das Gesicht des Globus von Grund auf verändert. Wahrscheinlich sind ihr Millionen und aber Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Ein ganzes Menschengeschlecht wurde von den Fluten weggespült und mit ihm eine uralte Kultur. Auf die Ergebnisse, die die englischen Forscher von ihrer Fahrt mit heimbringen, kann man jedenfalls gespannt sein.

Die Residenz Alexanders des Großen

Eine andere hochinteressante Entdeckung machte unlängst durch einen Zufall der englische Flieger Sir John T. Cull.

Als er eines Tages in ziemlich niedriger Höhe über dem Mitteländischen Meer dahinslog — es war ein klarer Tag und das Wasser war tiefdurchsichtig —, entdeckte er zu seiner größten Verwunderung in der Nähe der Nefelinsel ein Gebäude mitten im Meer. Bei näherem Zusehen entdeckte er, daß es sich um Reste alter Kulturbauten handelte, und er glaubte deutlich verschiedene massive Säulen im Meere feststellen zu können.

Die Erzählung seines Erlebnisses rief bei den Fachgelehrten, denen er sie vortrug, allseits größtes Erstaunen hervor. Ein bekannter Archäologe, Prinz Omar Tousson, wagte das Unternehmen und rüstete ein Schiff zur Erforschung der eigenartigen Meeresbauten aus. Die Vermutungen des Gelehrten bestätigten sich an Ort und Stelle voll und ganz. Die Taucher fanden nicht nur die von dem englischen Offizier entdeckten Säulenreste, sondern ihnen tat sich auf dem Meeresgrund eine ganze alte Stadt mit prächtigen Tempeln und Palästen auf. Die Gebäude waren griechischen Ursprungs. Es gab gewaltige Bauten aus rotem Granit gemauert, und aus Inschriften und aus anderen Funden ließ sich dann einwandfrei nachweisen, daß es sich bei der versunkenen Stadt um eine Residenz Alexanders des Großen handelte. Diese prächtige Stadt, die der Eroberer nach seinem ägyptischen Feldzug erbauen ließ und die er Canopus nannte, lag damals an den Gestaden des Meeres. Die Säule, die Sir John T. Cull vom Flugzeug aus entdeckt hatte, wird von dem Bildnis des mächtigen Herrschers überragt. An anderen Hallengängen und Bauten stellten die Taucher bildliche Darstellungen der großen Schlachten Alexanders fest.

Jahrhunderte nach der Blütezeit der Stadt Canopus rückten die Fluten des Mitteländischen Meeres gegen die Stadt vor. Jahr um Jahr verschlangen sie einen Teil nach dem anderen von den prächtigen Gebäuden. Die Tempel verschwanden mehr und mehr in den Wassern, die Fluten stiegen bei dem ständigen Anwachsen des Meeresspiegels bis in die Straßen der Stadt und bedeckten sie schließlich vollends. Wo ebendort der Beherrscher der Welt mit seinen Heerschaaren gelagert hatte, da gurgelten nun die Fluten des Meeres, die alles Leben und alle Herrlichkeit verschlangen. Doch die steinernen Zeugnisse dieser Zeit, die Säulen und Tempel aus Granit, trotzten dem nassem Element. Sie überdauerten die Jahrhunderte. Sie warteten darauf, daß sich der Meeresspiegel wieder ebenso senkt, wie er vor Hunderten von Jahren ihre stolzen Höhen überflutet hatte. Seit mehr als hundert Jahren schon stellt man in der Tat ein allmähliches Sinken des Meeresspiegels des Mitteländischen Meeres fest. So kam es, daß die höchsten Spitzen der Gebäude von Canopus jetzt wieder sichtbar wurden und die Aufmerksamkeit des englischen Fliegers erregten.

Sodom und Gomorra?

Englische Flieger waren es auch, die längst bei einem Flug über dem Toten Meere unter dem Meeresspiegel die Umrisse einer Stadt entdeckten. Es war eine uralte Siedlung, die hier vor undenkbar langer Zeit von den Fluten weggerissen wurde und jetzt dem Flieger aus der Höhe ihre Existenz verrät. An diese Entdeckung knüpften die Gelehrten die verschiedensten Vermutungen. Einige stehen auf dem Standpunkt, daß es sich hier um die Reste der versunkenen biblischen Städte Sodom und Gomorra handeln könne; doch steht diese Auffassung im Gegensatz zu den Entdeckungen einer früheren Expedition, die an einer anderen Stelle Palästinas die Trümmer dieser Städte ausgegraben zu haben glaubt.

Wie die Menschen vor 20000 Jahren lebten

Besuch im Afrika-Institut von Geheimrat Frobenius

Mitten im Zentrum der ehemaligen freien Reichsstadt am Main, der Stadt Goethes und Schopenhauers, liegt das alte, architektonisch fein gegliederte Bundespalais. Im großen quadratischen Vorhof hielten einst die Kuriere und Kilposten, die alten Postkutschwagen der deutschen Reichs-Postämter nach langer Reise über holperige Landstraßen, um Postfächer abzuliefern oder zu neuer Fahrt aufzunehmen. Hier stiegen die Weltreisenden von Anno dazumal ein und aus.

Heute beherbergt ein Teil des Gebäudes das Afrika-Archiv des berühmten, jetzt gerade 60 Jahre alt gewordenen Afrikaforschers Geheimrat Leo Frobenius. Das von ihm gegründete Forschungs-Institut für Kulturmorphologie hat hier eine Heimstätte gefunden.

In diesen an sich bescheidenen Räumen ist eines der bedeutendsten Forschungsinstitute der Welt untergebracht. Hier können wir, wenn wir genügend Zeit zur Verfügung haben, in dem Buch der Geschichte des Lebens der ersten Menschen lesen. Wohl über dreißigtausend Nachbildungen der ersten Zeichnungen der Menschen sind hier systematisch geordnet. Mit unermeßlicher Mühe und Sorgfalt ist die Ausbeute der Expeditionen des großen Forschers Frobenius zusammengetragen.

Der wichtigste und für uns Menschen der lehrreichste Teil dieses Afrika-Archivs sind die Kopien südafrikanischer Felsbilder, die meist auf ein Alter von 20 000 und 30 000 Jahren zurückblicken können. Hier sind die Ursprünge menschlicher Kunst gesammelt.

Wir können einen Blick tun in das größte Bilderbuch Afrikas und der Menschheit überhaupt.

Der Forscher empfängt mich in seinem Arbeitszimmer. Ein jugendlicher Herr mit lebhaftem Temperament, der sich nicht nur auf seinem engeren Arbeitsgebiet gründlich auskennt, sondern engste Fühlung mit Leben und Menschen hält. Gedankten jealischer Art finden selten gehörte Formulierung. Und wir sind angenehm überrascht, einem Gelehrten zu begegnen, der nicht nur sein engeres Fachgebiet beherrscht und Welt und Menschen des 20. Jahrhunderts abgewandt ist, sondern einer freien künstlerischen Natur, begabt mit lebensbejahendem, fröhlichem Optimismus, der alle Schwierigkeiten überwindet.

Geheimrat Frobenius ist ein fantasiebegabter Gelehrter; begeisterungsfähig, mit der seltenen Gabe ausgestattet, Jünger und Mitarbeiter zu begeisterungsfähigen und opferbereiten wissenschaftlichen Arbeitern heranzuziehen. Man muß aus nächster Nähe die unermüdete Tätigkeit seiner Assistenten, ihre Freude an der Arbeit beobachten haben, um zu spüren, welchen anregenden Einfluß von dem Menschen Frobenius ausgeht.

Auch die Bücher des Gelehrten besitzen diesen Zug lebensvoller Anschaulichkeit. Sie sind lebendig wie der Mann da vor mir, der übersprudelt von Lebensfreude und sinnvoller Forscherstätigkeit. M. C. T. R. 11.

Es herbstet ...

Schon naht der Herbst. Der Birkenhain prangt bald im bunten Kleide und vor dem Winterschlaf legt an der Laubwald sein Gewebe. Da schillern alle Farben auf, wie sie kein Mensch erdennen, und durch sie hat die Spinne sich ein Füllkraut gesponnen. Dann aber rann der kalte Wind vom Sturm und vom Verderben und langsam zieht durch Herbstespracht ein müdes, welkes Sterben. Die Blätter wogen durch die Luft, den Winter anzukünden; sie wollen an des Waldes Saum die letzte Ruhstatt finden. Doch heuer hat der Wind nicht viel Geflüster mehr zu rauben, begann sich doch schon mancher Baum im Frühling zu entlauben; und deshalb heult der Sturm nicht mehr sein Lied nach alten Notizen, der Blätterwald des „dritten Reichs“ ist ja schon längst verboten ...

Theophrastus

Die kürzeste Ehe

Ein junger Arbeiter und eine 17-jährige Maid aus dem kleinen Städtchen Naba in der Nähe von Kobe in Japan können sich rühmen, die kürzeste Ehe der Welt miteinander verlobt zu haben. Die ganze Herrlichkeit — von der feierlichen Trauung bis zur ordnungsmäßigen Scheidung — dauerte nicht länger als ganze sieben Minuten. Und nach weiteren 20 Minuten waren beide bereits zum zweitenmal verheiratet. Der neue „Weltrekord“ hat sein Entstehen einem originellen Irrtum zu verdanken, indem der zuständige Standesbeamte in Naba versehenlich zwei zur Trauung erschienene Brautpaare durcheinander brachte und eine Braut mit dem falschen Bräutigam zusammengab. Nur durch die schnelle Entschlußkraft aller Beteiligten war es möglich, den Schaden in so kurzer Zeit zu beheben. In Japan ist es Sitte, daß die Braut dicht verschleiert zur Trauung erscheint. Erst nach vollendeter Zeremonie hebt der junge Ehemann den Schleier, um der Angebräuteten einen feierlichen Kuß zu geben. So kam es, daß bei der denkwürdigen Trauung in Naba der Bräutigam den Irrtum nicht bemerken konnte; während die Braut viel zu aufgeregt war, als daß sie darauf hätte achten können, daß man sie mit dem falschen Mann verheiratete. Erst als der feierliche Brautkuß getauscht werden sollte, stellte sich zum allgemeinen Entsetzen das angerichtete Unglück heraus. Selbstverständlich hätte die auf diese Weise zustande gekommene Ehe von beiden Seiten angefochten werden können. Aber das hierfür notwendige Verfahren hätte erhebliche Zeit erfordert. Deshalb beschloß man, die Ehe unter Anwendung sämtlicher Erleichterungsmöglichkeiten, die das japanische Recht vorsieht, sofort wieder zu scheiden; das geschah denn auch, wobei man — genau wie bei der vorhergehenden Trauung — sorgfältig auf die vorgeschriebenen Formalitäten achtete. Schließlich konnten nun die richtigen Brautpaare miteinander getraut werden. Es versteht sich, daß sich zuvor beide Bräutigame über die Identität ihrer zukünftigen vergewisserten.

Ein russischer Stratosphärenflug

Der erste Aufstieg eines sowjetrussischen Stratosphärenballons soll nach den Mitteilungen des Chefs des Generalstabs der sowjetrussischen Luftstreitkräfte bei günstigen Witterungsverhältnissen zwischen dem 5. und 8. d. M. vom Moskauer Flughafen erfolgen. Der Ballon soll in eine Höhe von mehr als 30 000 Meter gebracht werden. Nach den Berechnungen wird sich der Ballon mindestens vierzig Stunden in der Luft halten können. Der Aufstieg soll aber nur wissenschaftlichen und keinen Rekordzwecken dienen. Der Durchmesser der Ballonhülle beträgt 35 Meter, der Rauminhalt 30 000 Kubikmeter Gas. Die Gondel des Ballons ist luftdicht verschließbar. Sechs große Fenster ermöglichen den freien Ausblick in die Stratosphäre. In der Gondel sind 25 wissenschaftliche Meßapparate, unter ihnen auch die Wilson-Kamera zur fotografischen Messung der kosmischen Strahlung, untergebracht. Den Flug werden die russischen Professoren Profowiew und Wärenbaum, die sich durch ihre Höhenforschungen bereits einen guten Namen gemacht haben, in Begleitung von zwei Armeepiloten übernehmen.

Der Moskauer Flughafen wird für jeden Publikumsverkehr gesperrt sein, um Störungen durch allzu großen Menschenandrang zu vermeiden.

Ueberraschenderweise gibt auch das russische Kriegsministerium bekannt, daß noch ein zweiter Stratosphärenballon fertiggestellt wurde, der gleichfalls in den nächsten Tagen in die Stratosphäre aufsteigen soll. Die Dimensionen und die Ausführung des Ballons sind die gleichen wie bei dem ersten Ballon, nur die Gondel ist mit neun, statt sechs Fenstern versehen.

Liebesbeweis

„Mami,“ fragt Klein-Eise, „hast du mich auch wirklich lieb?“
„Gewiß, mein Kind, warum denn nicht?“
„Ach bitte, dann heirate doch den Zuckerbäcker in unserem Hause!“

Gattin: Unsere Emma müßte doch bald heiraten.
Gatte: Laß sie ruhig warten, bis der Richtige kommt.
Gattin: Ja, das hab' ich aber doch auch nicht getan!

„Immer ist die Bahn überfüllt. Das sind ja skandalöse Zustände.“

„Warum schimpfst du denn, Erich, du sitzt doch?“
„Ja, aber meine Frau mit all den schweren Paketen muß stehen!“
Aus der „Schweizer Illustrierten Zeitung“

Arbeiterklasse und Abrüstung

Die Entschließung der gemeinsamen Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Wir tragen aus den Beratungen der Pariser Konferenz noch folgende Entschließung nach:

Der IWA und die SAJ stellen fest, daß die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes nicht zu positiven Abrüstungsmahnahmen gelangt ist. Andererseits haben die ständige Durchbrechung des Völkerbundespaktes und der Verträge durch Japan, die Ausbreitung des Faschismus in Europa infolge der Machtergreifung Hitlers in Deutschland und der offensichtlichen Wille zur geheimen Wiederaufrüstung, den der deutsche Faschismus nicht verhehlt, zur Wirkung, daß die Menschheit zugleich von einer Verstärkung der Rüstungen, zu der die großen Länder entschlossen scheinen oder sich entschließen werden und von den Möglichkeiten eines Krieges bedroht ist, der alle erfassen wird.

Diese Feststellungen zwingen die Völker und die Regierungen, und besonders die Arbeiterklasse, dem Ernst der Situation ins Auge zu sehen, die ihren Ursprung besonders in den Wiederaufrüstungsbestrebungen einer Regierung hat, die alle demokratischen Rechte und Freiheiten vernichtet, zur Gewalt nach außen hin entschlossen ist, wie sie es zur Gewalt im Innern des Landes ist, und die eine Mission des Revanche- und Eroberungskrieges fördert.

Die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes muß unverzüglich ihre Arbeiten mit der festen Absicht aufnehmen, zu einer wirksamen Reduktion der Rüstungen zu gelangen, die allein imstande ist, die Kriegsgefahr einzudämmen.

Die SAJ und der IWA betonen von neuem ihren gemeinsamen Standpunkt zugunsten der Gleichheit der Rechte und der Pflichten aller Nationen, die keineswegs in der Wiederaufrüstung irgend eines Landes ihren Ausdruck findet.

Unter den Maßnahmen, die die SAJ und der IWA als wesentlich betrachten und die infolge der geheimen Rüstungen, der Unterdrückung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit, der Presse- und Meinungsfreiheit noch dringlicher geworden ist, nimmt für sie den ersten Platz ein die vollkommene Abschaffung der privaten Waffenfabrikation und die Errichtung einer Kontrolle, die ständig und an Ort und Stelle in allen Ländern fungieren soll.

Die SAJ und der IWA fordern dringend alle Angehörigen der ihnen angeschlossenen Arbeiterorganisationen auf, die Errichtung und die Tätigkeit dieser Kontrolle tatkräftig zu unterstützen.

In voller Übereinstimmung mit dem Brüsseler Gewerkschaftskongress 1933 erklären die SAJ und der IWA, daß der Generalkrieg das letzte Mittel der Arbeiterklasse gegen den Krieg bleibt.

wenn alle Mittel politischer und parlamentarischer Einschüpfung versucht wurden und sich unwirksam erwiesen haben.

Im Rahmen der gegenwärtigen internationalen Verträge ist der Augenblick für diese äußerste Kraftanstrengung der Arbeiterklasse bestimmt nur die Schiedsgerichtsbarkeit, sei es, daß der Vorsitzende des Völkerbundesrates die schiedsgerichtliche Entscheidung auf Grund des Artikels 2 der Satzung herbeiführt, sei es, daß eine Regierung sie in Anwendung des Völkerbundespaktes oder des Pariser Kriegsschiedsgerichtspaktes fordert, oder wenn beides nicht der Fall ist, IWA und SAJ selbst die schiedsgerichtliche Entscheidung angesichts des Ernstes der internationalen Ereignisse für unumgänglich notwendig halten.

Jedes Land, das sich weigert, diesen Weg zu beschreiten, muß von der internationalen Arbeiterbewegung als Angreifer angesehen werden. Von diesem Augenblick an ist es die Pflicht der organisierten Arbeiter, den Generalkrieg in diesem Lande auszulösen. Die Pflicht der Organisationen der anderen Länder ist es, diese Bewegung zu unterstützen und den Boykott des Angreiferlandes zu organisieren.

Die beiden Internationalen lenken die Aufmerksamkeit der Welt auf die Gefahren, die die ständige und tolerierte Verletzung der allgemeinen Pakte und Verträge zur Folge hat. Auf diese Weise wird die Autorität der internationalen Instanzen herabgesetzt und mit jedem Tage wird mehr und mehr eine Wiederkehr zur internationalen Anarchie möglich, die bereits den Krieg von 1914 hervorgerufen und in jüngster Zeit infolge der Nichtbeachtung der neuen internationalen Verträge einen Eroberungskrieg im äußersten Osten zur Folge gehabt hat.

Die Regierungen mögen sich bewusst sein, daß der Sozialismus und die Arbeiterorganisationen ihnen die Verantwortung auferlegen werden, wenn sie sich nicht zu einer entschiedeneren und kraftvolleren internationalen Politik entschließen.

Im Augenblick, da die Umtriebe der faschistischen Regierungen zu jeder Unruhe und zu jedem Mißtrauen Anlaß geben, obliegt den demokratischen Regierungen die unbedingte Pflicht, diese Verletzungen internationaler Konventionen nicht zu dulden und an keinerlei Intrigen in der Frage der Abrüstung teilzunehmen.

Die Abrüstungskonferenz kann weder verschwinden noch sich selber aufheben, um die Bahn zur Wiederaufrüstung, zu einem neuerlichen Rüstungswettlauf im bewaffneten Frieden und zur Weltkatastrophe freizulegen.

Ein Vertrag über weitgehende Abrüstung, die genaueste Kontrolle unterliegen soll, ist eine Sicherheitsgarantie für alle. Er muß endlich abgeschlossen werden.

Militarisierte Jugend

Wie das Ausland die deutsche Jungmannschaft sieht — Genaue Angaben

Der „Manchester Guardian“ bringt einen längeren Bericht aus Deutschland, der ins einzelne gehende Angaben über den wahren Charakter der Arbeitsdienstlager als militärische Ausbildungsstätten enthält. Wir entnehmen dem langen Artikel, der offenbar aus allerbesten Quelle stammt, die folgenden Angaben:

„Döberitz ist hermetisch vor Besuchern abgeschlossen durch Patronen und Wachen. Auswärtige Journalisten sind nur bei Führungen zugelassen und eine allgemeine Anordnung ist erlassen worden, wonach Waffen nicht zur Schau gestellt werden dürfen. SA und Stahlhelm werden in Döberitz unter der Aufsicht regulärer Truppen von der Reichswehr in neuen Gewehren (98) und schweren Maschinenengewehren ausgebildet. Die Schießstände der Reichswehr sind auch für SA und Stahlhelm zugänglich (Spezialverordnung 18, Nr. 15).“

In Rastlin machen 150 Mann aus Arbeitslagern einen Kursus im Maschinengewehrchießen durch.

In Fäterbog und Bukerhausen werden SA-Abteilungen im Gewehrchießen, Bombenwerfen und Maschinengewehrchießen ausgebildet, um ihnen die Disziplin als SA-Offizier zu geben. Um den militärischen Charakter zu verbergen, tragen sie die Uniform des Bahnschutzes.

Der Sturm 1118 der SA wurde sorgfältig in der Benutzung von Revolvern, Karabinern und leichtem Maschinengewehr im Juli ausgebildet.

In Elagrand bei Döberitz werden SA-Sturmführer von Reichswehroffizieren in der Benutzung von Maschinenengewehren, Feldartillerie, Panzerketten usw. ausgebildet.

Seit Juli sind die SA-Leute nicht mehr gefragt worden, ob sie freiwillig an den von der Reichswehr veranstalteten Kursen teilnehmen wollen. Sie sind einfach an dieser Arbeit kommandiert worden.

In Leipzig sind SA, Stahlhelm, Werwolf usw. in allen Reichswehrlagern, wo sie an leichten und schweren Maschinenengewehren, Minenwerfern und Artillerie ausgebildet werden. Die Ausbildung an den leichten Waffen erfolgt zusammen mit der Polizei.

In Rastlin sind etwa 200 SA-Männer mit der Polizei für zwei bis drei Monate stationiert. Sie tragen Polizeiuniform und das Wer-Gewehr.

In Grimma sind zwei SA-Stürme in den Kasernen und werden als Infanteristen bzw. Artilleristen ausgebildet. Die Kurse sind streng geheim und werden unter dem Namen Bauderfure des Nationalen Arbeiterbundes verborgen. Die Rekruten werden bei der Vereidigung unterrichtet, daß sie mit mindestens sechs Jahren

Juchthaus bestraft werden, wenn sie irgendwelche Auskünfte nach außen geben.

Der Wehrstahlhelm — das sind Stahlhelmmänner bis zu 45 Jahren und qualifizierte ältere Männer — soll in die SA eingegliedert werden. Am 1. November erfolgt nach einer Verordnung, die von Hitlers Stabschef Röhm und dem Gruppenführer von Morosowicz gezeichnet ist, die völlige Verschmelzung zu einer unauflösbaren Einheit.

Der Führer der SA-Gruppe Berlin-Brandenburg hat den Bericht von 20 Ingenieuren in der SA angefordert, damit die Arbeit zu einer neuen Schiffswerft begonnen werden kann. Der frühere Militärflughafen in Bug (Rügen), der nach dem Kriege aufgegeben wurde, wird jetzt wieder instand gesetzt. Zwei Wasserflugzeuge sind schon da und Bombenwerfen wird geübt mit Attrappenbomben und einer Zielscheibe, die auf die Erde gemalt ist. Das Vorgebirge von Bug ist für Besucher und Verkehr gesperrt. Sundry Mann vom Arbeitslager sind dort stationiert. Das Rinderheim in Wick wird in Kasernen für Flieger umgewandelt. Es ist ein modernes Gebäude, das ungefähr 1500 Personen beherbergen kann.

Im allgemeinen sind die Beziehungen zwischen Stahlhelm und Reichswehr gut, aber zwischen ihnen und der SA besteht oft Mißtrauen. Am 21. Juli fand ein privates Treffen von Stahlhelmführern eines bestimmten Bezirkes (der Name kann hier nicht genannt werden) statt, auf dem recht offen gesprochen wurde. Der ganze Wehrsport wurde als Wüßhinn bezeichnet, der Unglaube in die Behauptungen der deutschen Regierung, daß die Arbeitslosigkeit zurückgegangen sei, kam zum Ausdruck, das Programm der Arbeitslager wurde als Quatsch bezeichnet und es wurde rühmend gesagt, daß Göring „sehr unpopulär“ sei wegen seiner Proklamation und Eitelkeit und d.h. man ihn nicht mehr ernst nehmen.“

Soweit der Bericht, dessen detaillierte Angaben zeigen, daß der Verfasser gut Bescheid weiß. Jeder Satz klingt wahrscheinlich. Für Deutschland wirkt der Bericht nicht Offenbar hat man in Berlin die Katastrophe mit der Schwarzen Reichswehr bereits wieder vergessen.

Schule als Kasernenhof

(Zusatz): Die Frankfurter Stadtverwaltung hat in sämtlichen Schulen ein neues Zeremoniell eingeführt. Bevor der Unterricht beginnt, passiert der Lehrer die Front der Schüler und grüßt mit emporgerecktem rechtem Arm. Die Klasse schreit, den rechten Arm ebenfalls erhebend: „Heil Hitler“. Nach Schluß des Unterrichts wiederholt sich das Marionettenspiel auf dem Schulhof, worauf die Schüler in ausgerichtetem Doppelgange abmarschieren.

Die Dienstpflicht

Den neuen Herren des armen Deutschlands wird es mit der Verbesserung ihrer Rasse allmählich ernst. Sie betrachten sich selbst, beginnen sich zu erkennen, und da ist es kein Wunder, wenn der lebhafteste Wunsch in ihnen erwacht, diese Rasse zu verbessern. Also wird mit Behemung an die Arbeit gegangen: Rasseämter werden geschaffen, Zuchtwaite ernannt, es geht, wie bei jeder Gründung, lustig und heiter zu. Schon verbietet man den Juden bei Strafe der Kastation den Umgang mit arischen Mädchen, schon verlangt man, daß der deutsche Jüngling kein Mädchen mit ovalen Brüsten küsse, kurz: es geht mit Riesenschritten vorwärts. Im „Deutschen Herzeblatt“, dem offiziellen Fachorgan der deutschen Ärzte, umschreibt der Reichsinnenminister Frick die Aufgabe des deutschen Arztes: Sicherung, Vermehrung und Veredlung der deutschen artgleichen Menschen habe dem Arzt als höchstes Ziel des deutschen Staates zu gelten. Da eine solche Sicherung und Vermehrung immerhin mit einer gewissen, wenn auch mitunter nicht allzu unangenehmen Arbeit verbunden ist, kommt in dem gleichen Organ auch der Reichsarbeitsminister Franz Selbig zu Wort, der die Aufgabe des Arztes auch von der mehr negativen Seite betrachtet: die Vererbung des Arztes sei es, „dem ganzen Volkshörper in Deutschland zur Gesunderung, zur allmählichen Ausmerzung des Artfremden und zur Reinhaltung des Arzteigenen zu verhelfen“.

Um die dem Arzt so gestellte Doppelaufgabe, nämlich „auszumerzen“ und zu „vermehrten“, nach Möglichkeit leichter zu gestalten, hat da kürzlich im Göbbelschen Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda eine Besprechung mit medizinischen Pressevertretern stattgefunden, in der der Dezernent, Herr Doktor Thomalla — nach einem Bericht des „8-Uhr-Abendblattes“ — bekanntgab, daß die Regierung plane, „den Kampf gegen die Geburtenbeschränkung mit allen Mitteln aufzunehmen. In den Dienst dieses Kampfes sollen neben den Zeitungen vor allem die Arbeitsdienstpflichtigen gestellt werden“.

Es entsteht nun die Frage, welcher Art diese Dienste sein werden, die man da von den Arbeitsdienstpflichtigen verlangt. Wird man mit dem Achstundentag bei dieser Aufbauarbeit das Auslangen finden? Erfolgt die Bezahlung nach den bisher üblichen niedrigen Entlohnungsskalen für diese bedauerenswerten Kategorie der Dienstpflichtigen oder wird eine Separatgratifikation verabfolgt?

Aber auch noch andere, wichtigere Fragen tauchen auf: wie werden sich SA und SA zu dieser offiziellen Bevorzugung der Arbeitsdienstpflichtigen verhalten? Wird die SA, die bisher mehr zu „Ausmerzungs“-Arbeiten verwendet wurde, nicht mit allen Kräften danach streben, ihre Kraft in den Dienst dieser Aufbauarbeit zu stellen? Und die SA? Soll sie, wenn es einmal Arbeit im Vollen gibt, beiseite stehen und leer ausgehen? Auch hier regen sich Kräfte und drängen nach Entfaltung und Vermehrung.

Wenn also die böse Auslandspresse in nächster Zeit etwa wieder von Konflikten zwischen SA und SA zu berichten haben wird, so liegen deren Ursache gewiß nicht in der Unzufriedenheit der SA mit dem bürgerlichen Regime des Herrn Thyssen, sondern nur in dem unbeherrschbaren Eifer beider Truppengattungen, möglichst viel zur Dienstleistung für die Vermehrung der artgleichen Menschen — des Staates höchstes Ziel — herangezogen zu werden, wobei allerdings mitunter eine kleine Zerstreuung, bestehend in der Ausmerzungen artfremder Untermenschen — kein geringeres Hochziel des Staates — erwünscht sein dürfte.

Stefan Pollatschek.

Pfälzer Brief

Sittliche Erneuerer

Wie man im „dritten Reich“ die sittliche Erneuerung aufsaft, beweist folgender Fall: Der Kreisleiter der NSDAP in Speyer am Rhein ist ein gewisser Höber. Ein schwerverletzter Bahnbeamter mußte, weil er plötzlich krank wurde, vom Dienst früher als die übliche Zeit nach Hause gehen. Der Mann ist — was sollte ein Bahnbeamter im „dritten Reich“ sonst sein? — selber Fg. Als er die Wohnung betrat, fand er seine Frau mit einem Mann zusammen, und zwar in ganz unzweideutiger Situation. Wer war der andere Mann? Er war einer von Hitlers Getreuesten. Ein „alter Kämpfer“. Einer der „sittlichen Erneuerer“. Derjenige, der die Reinheit der germanischen Ehe als das höchste und schönste Ideal in einer Anzahl von Verfammlungen gepriesen hatte. Es war der Kreisleiter Höber. Jetzt ist er spurlos verschwunden. Niemand weiß wohin. Wahrscheinlich ist er verlegt, und wirkt jetzt anderwärts als treuer brauner Soldat, als Propagandist der sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes durch das „dritte Reich“.

Ebenfalls aus Speyer verschwunden ist ein NSDAP-Leiter. Er soll bei der Firma Holzmann, bei der er beschäftigt war, 3000 Mark unterschlagen haben. Die Sache wurde mit größter Feinlichkeit behandelt. Aber die Firma arbeitet schnell und sicher. Ganz Speyer weiß Bescheid. In den Reihen der margistischen „Korruptionisten“ herrscht eitel Schadenfreude.

Neuer Dienst der SA. — Gerichtsvollzieherchutz

In vorderpfälzischen Zeitungen konnte man Ankündigungen von Zwangsversteigerungen lesen. So stand im „Rheinischen Volksblatt“, daß einem Landwirt in Speyer am Burgweg eineinhalb Morgen Weizen „vom Palm“ versteigert wurde. Der Gerichtsvollzieher amtierte unter dem Schutze von SA.

Vor einem Jahr noch war es eine Heldentat, wenn Hitlers braune Soldaten angeblich aus Panernfreundlichkeit den Gerichtsvollzieher aus dem Dorf hinausprügelten. Es verging fast kein Tag, an dem nicht Siegesmeldungen der Art durch die braune Presse verbreitet wurden. Und heute? SA als Vollstreckungsschutz! Das heißt, Organ der Vollstreckungsbehörden. Das heißt, um in dem Jargon der Leute zu bleiben, den Bauern helfen austraben. Das ganze aber unter der Ueberschrift: Bauerhilfe.

Das Neueste

Das mit Maschinengewehren ausgerüstete Flugzeuggeschwader des Marinepionierkorps hat Befehl erhalten, sich zum Flug nach Auda bereitzubehalten.

15 000 Arbeiter des Stickereigewerbes in Newyork haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen die 40stündige Arbeitswoche.

Der Kongress der amerikanischen Bankiervereinigung nahm einen neuen Tarif für das Bankgewerbe an, der die 40stündige Arbeitswoche vorsieht.

Die Flugzeugwerke Cleriot in Suresnes bei Paris haben ihren Betrieb stillgelegt. Cleriot erklärt nun, daß er seit vier Jahren keine Aufträge mehr erhalten habe und es ihm an Geld fehle. Bereits vor einiger Zeit habe er einen Teil seiner Arbeiter entlassen müssen. Cleriot war einer der ersten Pioniere des Fliegens.

Am Donnerstag haben in Paris französisch-polnische Wirtschaftsverhandlungen begonnen, die — wie man erklärt — durch die am 10. Oktober in Kraft tretende polnische Zollserhöhung notwendig geworden seien.

Nach einer Meldung aus La Paz teilte das bolivianische Kriegsministerium mit, daß die Truppen von Paraguay im Gran Chaco sämtliche von ihnen im Frontabschnitt Gondra bisher gehaltenen Stellungen hätten räumen müssen.

Der am Mittwoch abgehaltene französische Ministerrat hat sich, wie „Echo de Paris“ erklärt, auch mit den Schuldenverhandlungen mit Amerika befaßt, die auf eine Anregung von Amerika wieder aufgenommen worden seien oder unmittelbar bevorstünden. Die französische Regierung werde sich so entgegenkommend wie möglich zeigen, wenn Präsident Roosevelt und seine Ratgeber den Vorbehaltene Rechnung trügen, die vom französischen Parlament wiederholt gemacht worden seien.

Zum Tode Lord Greys

Pariser Blätter

Paris, 8. Sept. Die französische Presse widmet dem verstorbenen Lord Grey lange Nachrufe, in denen er als der Mann der Entente Cordiale, der englisch-russischen Annäherung, des Eingreifens Italiens in den Krieg und vor allem als derjenige gewürdigt wird, der England im entscheidenden Augenblick veranlaßte, Deutschland den Krieg zu erklären. Die Rolle, die Lord Grey in den tragischen Tagen und Stunden vom August 1914 gespielt hat, ist auch bei den Franzosen umstritten, doch wollen sie an seinem loyalen Verhalten gegenüber Frankreich nicht zweifeln und sein Zögern seiner übergroßen Gewissenhaftigkeit zuschreiben. Man hat Lord Grey, schreibt „Echo de Paris“, sein Zögern vor-

werfen können; wer aber weiß, ob eine weniger zweideutige Haltung Englands Deutschland wirklich eingeschüchtert hätte? Die Geschichte hat bereits ihre Antwort erteilt: Der eiserne Würfel war seit langem gefallen, Deutschland hatte bereits beschlossen, Europa ein blutiges Schicksal zu bereiten. Wir Franzosen werden Lord Grey als einen Mann von Ehre und einen Freund unseres Landes im Gedächtnis behalten.

„Matin“ erklärt: Lord Grey hat alles getan, was diplomatisch möglich war, um den Konflikt zu verhindern, abgesehen vielleicht von dem einzigen, was ihn verhindert hätte, nämlich Deutschland zu erklären: Wenn der Krieg ausbricht, wird England mit seiner Flotte auf der Seite Frankreichs und Russlands stehen. Lord Grey hat sich über seine Haltung offen geäußert und dargelegt, daß die englische Öffentlichkeit nicht genügend vorbereitet gewesen sei. Dies beweist, welche wichtigen Faktor bei Weltkonflikten die Moral spielt. Es genügt nicht, daß Heer oder Flotte eines Landes kampffähig sind; auch die Seele eines Landes muß darauf vorbereitet sein. Uebrigens hat Grey, sobald die Neutralität Belgiens verlehrt worden ist, sich der Laae gewachsen gezeigt.

Regierungskrise in Spanien?

Um die Demission des Kabinetts

Madrid, 8. Sept. (Navas) Während des gestrigen Tages hat die Opposition auf die Demission des Kabinetts Azana gewartet. Die Weigerung der Minister nach dem gestern vormittag abgehaltenen Kabinettsrat eine Erklärung abzugeben, hat die Ansicht, daß der Rücktritt der Regierung bevorstehe, noch verstärkt. Die Minderheit rechnet damit, daß die Krise heute vormittag ausbrechen werde und daß bereits Verhandlungen im Gange seien, um die schnelle Bildung eines Kabinetts der republikanischen Konzentration unter dem Vorsitz von Sanchez Roman zu erleichtern.

Der „Gegenprozeß“

Van der Lubbes Landsleute sagen aus

Im Auftrage des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Reichstagsbrandes begab sich eine Kommission, bestehend aus Frau Dr. Walter-Rori, Abgeordnete (Holland), Rechtsanwalt Georg Branting, Senator (Schweden), und Rechtsanwalt Pierre Vermeulen (Belgien) nach Amsterdam, um alle Fragen, die von der Lubbe betreffen, zu klären.

Die Kommission hat unter Anwesenheit eines Notars und zwei vereidigten Stenografen, sowie in Anwesenheit mehrerer holländischer Rechtslehrer und Hoch-

schulprofessoren in eingehender Einvernahme insgesamt 16 Zeugen verhört.

Dieser Einvernahme kommt um so mehr Bedeutung zu, als das Reichsgericht in einer seiner letzten offiziellen Erklärungen bekanntgegeben hat, „daß dem Reichsgericht auch das Risiko von der Lubbe bekannt sei“. Die Kommission hat eben das Risiko, in dem von der Lubbe lebte, gründlich festgelegt und unter anderem auch konstatiert, daß der von Untersuchungsrichter Bogi im März nach London entsandte deutsche Polizeikommissar Heilig wichtige Zeugen nicht gehört hat, die ihm über die Persönlichkeit, Charakterveranlagung und den Freundeskreis des von der Lubbe hätten erhebliche Angaben machen können.

In dem offiziellen Kommuniqué bezeichnet die Kommission das Ergebnis der Amsterdamer Untersuchung als außerordentlich wertvoll und sie erklärt, daß das Material dieser Untersuchung unzweifelhaft zur Aufklärung über die Wahrheit des Reichstagsbrandes beitragen wird.

Uebrigens erklärte die Kommission, daß in London außerordentlich wichtige neue Tatsachen über sämtliche den Reichstagsbrand betreffenden Fragen bekanntgegeben werden, die der Welt ermblickbar werden zu entscheiden, ob die offiziellen Angeklagten oder die heutigen Nachthaber in Deutschland die Schuld am Reichstagsbrand tragen.

Pauwels verteidigt

Amsterdam, 8. Sept. Der Amsterdamer Strafverteidiger Francois Pauwels hat sich nunmehr entschlossen, die Verteidigung des holländischen Reichstagsbrandhelfers von der Lubbe zu übernehmen.

Noch einmal: Oberreichsanwalt

Leipzig, 8. Sept. Der Oberreichsanwalt hat an Branting folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt! Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 28. v. M. Aus dessen Inhalt stelle ich fest, daß Sie nicht bereit sind, das zur Reichstagsbrandfahde angeblich in Ihrem Besitz befindliche Beweismaterial, sei es durch meine Vermittlung, sei es durch die der deutschen Verteidiger, dem Reichsgericht zur Berücksichtigung bei der Urteilsfindung zur Kenntnis zu bringen. Ich muß deshalb zu meinem Bedauern meine Bemühungen, von Ihnen Beweismaterial, auch soweit es etwa zur Entlastung der Angeklagten dienlich sein könnte, zu erhalten, als gescheitert betrachten und vermag mir bei dieser Sachlage von einer Fortsetzung des Briefwechsels einen Erfolg nicht mehr zu versprechen.

Dieser Brief des Oberreichsanwalts zeigt, daß das Reichsgericht nicht gewillt ist, die Vorschläge anzunehmen, die Branting und Romain Rolland gemacht haben. Diese Vorschläge gingen lediglich auf die Sicherung eines geordneten Rechtsverfahrens und auf die locale Vermeidung des einzuwendenden Materials hinaus. Der Oberreichsanwalt spricht von „deutschen Verteidigern“. Unhohängige, also ausländische Verteidiger werden aber für Torgler abgelehnt. Das Reichsgericht verdirgt sich hinter Formalitäten und bringt nicht den Mut russischer Revolutionsgerichte auf, die ausländische Verteidiger wie Rosenfeld und Vanderveelde zuzulassen, obwohl es sich um erklärte Gegner des Bolschewismus handelte.

Thälmann

Rechtsanwalt für Thälmann nicht zugelassen

Prag, 7. Sept. (Inprek.) Der Antrag des Prager Rechtsanwalts, Dr. Stefanina, den eingekerkerten kommunistischen Abgeordneten Ernst Thälmann besuchen zu dürfen, ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß gegen Thälmann noch keine Anklage erhoben worden sei und daß er deshalb keinen Verteidiger benötige.

Der Antrag des gleichen Anwalts, im Reichstagsbrandprozeß als Verteidiger zugelassen zu werden, ist noch nicht beantwortet worden.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Fij in Dubweiler; für Inserate: Otto Auh in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.

BRIEFKASTEN

Titwiler (Soar). Nach Ihren Mitteilungen ist in Ihrer Stadt das Zentrum in voller Auflösung. Die Führung läuft zu den Nazis über. Charakterfest wie man ist, baut man vor. Niemand wird sich wundern, wenn auch an der Soar das Zentrum zugrunde geht. Es weiß schon seit Monaten nicht mehr, ob es Selbstmord begehen oder sich von den Nazis in der Ermordung töten lassen soll.

St. Gallen B. Ihre Einsendung hat und ist erfüllt. Sie werden sie in würdiger Form bald in den „Deutschen Stimmen“ finden. Wir haben die Gehalts Theodore Lessings schon nach Verdienst gewürdigt, oder der Mann, seine Mörder und die erbärmliche deutsche Presse, die am offenen Grab mit ihrer Genußnahme über den Schatz in ein edles und humanes Dorn nicht zurückhält, können nicht oft genug gegenübergestellt werden.

Selvetikus. Ihre Heine-Kudgrabung ist sehr bemerkenswert. Die Aktualität ist erschreckend. Haben Sie bitte mit dem Abdruck noch ein wenig Geduld. Vorläufig: Dank.

H. J. Strahburg. Vielen Dank für die Zeitungsdonationsstücke. Als Information waren sie uns wertvoll. Nachdrucken möchten wir davon nichts.

E. J. Lugano. Herzlichen Dank für freundliche Einsendung. Sie werden sie bald in den „Deutschen Stimmen“ finden. Für weiteres sind wir dankbar.

Dr. Dr. Prag. Postadresse Weid. Dank für die Einsendung. Auf diesem Gebiete sind wir aber wirklich mit Manuskripten überreich gesegnet. Wir müssen daher ablehnen.

E. S. Neuwille. Wir finden Ihren Bericht zu allgemein gehalten, als daß sich der Abdruck in unserem Blatte lohnte. Auch sind Ihre Ergebnisse nicht besonders dramatisch.

El. Barcelona. Vielen Dank für Brief und Gedicht. Beides wird verwandt.

Dr. J. Strahburg. Alle Notizen werden gern verwandt. Sie werden sie in Kürze finden.

Dr. W. London. Wir danken für Ihre Besehrung. Lord Rothemere ist also nicht Jude. Man soll den Juden, denen schon sozial angehängt wird, wirklich nicht noch mehr Böses nachsagen.

Dr. J. T. Ihre Mitteilung, daß der Eingang zu unserer Redaktion besperrt wird, sagt uns nichts Neues. Das Interesse der Geheimen Staatspolizei für uns ist so groß, daß einige ihrer ehrenhaften Mitarbeiter sogar schon bis in unsere Redaktionsräume vordringen wollten, um sich von unserem Wohlbefinden zu überzeugen. Wir fanden nun allerdings diese Fürsorge etwas allzu aufdringlich und haben deshalb die Herren abgewiesen.

Selvetikus. Sie teilen uns mit, „daß Hitler von der Deutschen Reichsbahn einen blauen Kurzdoppelmantel-Bahnwagen geschenkt erhielt. Göring einen in grün und Goldes in rot. Ferner erhielten die armen Kanzlerkente alle je ein bis zwei Mercedes und Maybach 6 resp. 12-Ggl.-Wagen als Reklame-Gabe“. Es würde ganz in das System des Verschwendens von Rittergütern und Bittengrundstücken an die Stützen des Systems passen, wenn Ihre Mitteilung zuträfe. Wir zweifeln nicht an Ihrer Richtigkeit. Diktatoren können sich, da alle öffentliche Kritik verboten ist, viel an Korruption leisten. Wenigstens eine Zeitlang.

„Deutsche Freiheit“

Abonnementspreise:

	Im Monat	Einzelverkauf
Saargebiet	fr. Fr.	12,— 0,60
Frankreich	fr. Fr.	12,— 0,60
Luxemburg	belg. Fr.	15,— 0,70
Belgien	belg. Fr.	15,— 0,85
Neubelgien (Eupen-Malmédy)	belg. Fr.	12,— 0,50
Holland	fl.	1,20 0,10
Dänemark	Kr.	3,20 0,20
Schweden	Kr.	2,60 0,20
Schweiz	schw. Fr.	2,40 0,20
Oesterreich	Schilling	7,50 0,30
Tschechoslowakei	Kr.	30,— 1,20
England	sh	4,— 5 d
Palästina	sh	4,— —
Spanien	Peseta	6,— —
Polen	Zloty	4,20 —
Rußland	Rubel	1,— —
Argentinien	Peso	3,— —

Zu diesen Beträgen kommt noch das Porto

Bei Zusendung unter Kreuzband durch die Post sind die Portogebühren vom Besteller mit dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

Inseratenpreise:

Der einspaltige Millimeter der neunspaltigen Inseratenseite 70 tr. Cts.

Achtung, Eltern!

Ich habe mein Jugendheim aus Deutschland nach St. Cloud bei Paris, 59, Rue des Tennerolles Telefon Val d'Or 0278 verlegt.

Reizendes Landhaus, schöner Garten, Privatunterricht, Berufsausbildung, Sport, Gymnastik.

Anmeldungen bald möglichst

FRAUDR. BERG

SCHWEIZ

Der Abonnementsbetrag für die „Deutsche Freiheit“ beträgt

- 1 Monat 3,20 sfr.
 - 3 Monate 9,60 sfr.
 - 6 Monate 19,20 sfr.
 - 12 Monate 38,40 sfr.
- einschließlich Zustelgebühren

Wir bitten unsere Abonnenten, dafür Sorge zu tragen, daß der fällige Abonnementsbetrag bis spätestens zum 6. eines jeden Monats auf Postcheckkonto VIII 8713 Zürich (Deutsche Freiheit) zur Einzahlung gelangt, um auch unsere Verpflichtungen prompt erfüllen zu können.

Deutsche Auswanderer und Flüchtlinge!

Ihre Interessen in Deutschland zur wirtschaftlichen, rechtlichen, finanziellen, wirtschaflichen und devisenrechtlich, Gütern und der Vermögensverwaltung werden durch die Fachleute der Société FIDUCIAIRE P.A.L. (Treuhandgesellschaft für Elsal und Lothringen) Grand Rue 10 in Strasbourg, wahrgenommen.

Textil-Warenhaus-Fachmann

Jude sucht Beilegung oder Übernahme eines Geschäftes. Auch andere Branche. Angebote unter 139 an die „Deutsche Freiheit“

Das Braunbuch

Ist wieder zu haben Broschüre 16.— Fr. Leinen 25.— Fr. in der Geschäftsstelle der „Deutschen Freiheit“ 11, Rue de la Liberté, 11, Paris 11.

Vertreter (innen)

für neuartigen, leicht verkäuflichen pharmazeutischen Artikel (Verkauf an Private) gesucht. Kaution 100 Fr. HOHER VERDIENST

Angebote unter A.M. an die Geschäftsstelle der „Deutschen Freiheit“, S. rasbourg, 31, rue St. Gothard 31, erbeten.

Ehevermittlung

„OMNIA“, Paris XX, 12, Rue Pierre Bayle

Platzvertreter

für neuartiges biolo. Naturmittel an allen gr. Plätzen Frankr. u. Komien gesucht. Leicht verkäuflich, erfolg. Artikel. Hohe Verdienstmöglichkeit. Kl. Kapital f. Lager erforderlich. Nur tücht. igg., arbeitsfreud. Persönlichkeiten wollen sich meld. unt. A. K. an die „Deutsche Freiheit“, S. rasbourg, 31, rue St. Gothard 31

Wo speist man gut und billig in Brüssel

Restaurant à la Fourchette 22, rue St. Michel, 22, 1. Querstraße rechts vom Platz Brochure. Diners à Souper à 6,00, 8,00 u. 10,00 Frs. Flüßlinge aus Deutschland erhalten 5% Rabatt auf alle Speisen. Geöffnet von 12 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts.